

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 25

Sonntag, den 21. Juni

1914

Zum 9. Gewerkschaftskongress.

Die Entwicklung der Gewerkschaften ist unaufhaltsam, muß es sein, wenn anders die wirtschaftliche Entwicklung nicht einen Rückgang oder Stillstand erfährt. Der Kapitalismus ist der Vater der modernen Arbeiterbewegung und wer glaubt daran, daß er jemals aus den Geseßen, die ihn den Weg vorschreiben, heraustreten könnte! Deshalb ist es auch undenkbar, daß die Gewerkschaftsbewegung irgendwie zurückgehalten werden könnte; deshalb sind wir auch fest davon überzeugt, daß nichts in der Welt ist, diese Bewegung in eine Bahn zu leiten, die ihrem Wesen fremd ist. Weder von rechts noch von links wird man es vermögen, Aufgaben und Ziele unserer Gewerkschaften, wie ihre Taktik zu verrücken, es sei denn, die Entwicklung der Dinge würde solches begründen.

Daß die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, soweit es auf die Zahl der Mitglieder ankommt, nicht immer in gerader Linie aufwärts zeigt, ist ohne weiteres erklärlich. Auch die Zeit vom Dresdener bis zu dem am 22. Juni in München beginnenden neunten Gewerkschaftskongress zeigt uns nicht das rapide Anwachsen unserer Gewerkschaften, wie wir es sonst wohl erlebten. Wenn es wirklich noch eines Beweises für die Entwicklungsmöglichkeit unserer Gewerkschaften bedurfte, so könnte gerade das Ergebnis der letzten drei Jahre dafür gelten. Wir haben schon eine prozentual größere Zunahme an Mitgliedern gehabt, als es in den letzten drei Jahren der Fall war, wenn aber trotz einer schweren wirtschaftlichen Krise und trotz der größten Angriffe und Verfolgungen von allen Seiten noch eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl erfolgen konnte, so müßten sich eigentlich auch unsere Widersacher sagen: Die Deutschen freien Gewerkschaften sind gar nicht umzubringen.

Wenn auch die Steigerung der Mitgliederzahl nicht immer in dem gewohnten Riesenschritt vor sich gehen kann infolge wirtschaftlicher Depressionen, so wird innerhalb der Organisation ständig an der Vervollständigung gearbeitet werden. Daß das auch in den letzten Jahren in umfassender Weise geschehen ist, weiß jeder, der sich mit gewerkschaftlichen Dingen befaßt; und wer es nicht glauben will, mag einmal den Bericht der Generalkommission durchsehen; denn wir sind nicht in der Lage, an dieser Stelle alles das anzuführen, was als Beweis für die Ausgestaltung der Leistungsfähigkeit der Organisationen gelten muß.

Die Wirkung des Aufstieges zeigt sich zunächst darin, daß es trotz der schlechten Konjunktur der letzten Jahre möglich war, nicht nur eine große Anzahl, sondern auch umfangreiche Kämpfe zu führen, die in ihrer Totalität der Arbeiterschaft Erfolge brachten, wie man sie in dieser Zeit nur bei kraftvollen und sicher geleiteten Organisationen erwarten kann. Wir sind heute soweit, daß das Unternehmertum selten wagt, die ungünstige Geschäftslage so auszunutzen, wie es das möchte. Es ist selbstverständlich und wird von jedem Gewerkschaftler begriffen, daß der Nachdruck, den die Organisationen ihren Forderungen geben, von der jeweiligen Konjunktur abhängt. Wird das berücksichtigt, so ist der Rückblick auf die letzten Jahre sehr befriedigend. Aber die Wirkung der gewerkschaftlichen Arbeit zeigt sich auch in dem Gebaren der Unternehmer. Noch nie hat eine widerliche Hege gegen die Gewerkschaften stattgefunden, als gerade gegenwärtig; innerhalb und außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften werden die tollsten Vorschläge zur Bekämpfung der Gewerkschaften, unserer Gewerkschaften, gemacht, während wir über die Rechtsprechung, obgleich wir ja in Deutschland etwas gewohnt sind, oft genug den Kopf schütteln. Würden die Unternehmer sich durch unsere gewerkschaftliche Arbeit nicht bedrängt fühlen, hätten wir das alles nicht zu leiden. Daß aber das rücksichtslose Treiben der Unternehmer gerade ihren Höhepunkt in einer Zeit erreicht, in der die Krise die Welt der Kapitalisten ganz wesentlich beherrscht, bringt uns den unwiderstehlichen Beweis, daß wir unter allen Umständen eine Position errungen haben, mit der alle Welt rechnen muß.

Deshalb sagen wir auch, daß der 9. Gewerkschaftskongress unter einem guten Stern stattfindet. Kampf ist nun einmal der Arbeit ständiger Begleiter. Wer Werte schaffen will auf den verschiedensten Gebieten, müssen es gelstige oder materielle sein, sieht sich Widerständen, die gebrochen werden müssen, gegenüber. Wie muß das erst der Fall sein, wenn wir der Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, im weiteren Sinne: ein wirkliches Kulturleben, schaffen wollen! Mit jedem Erfolg, und wenn er in einem Augenblick auch nur ein ideeller oder organisatorischer ist, wird der Widerstand und der Ausnutzung der Macht seitens des Gegners stärker. Und wenn wir uns dann nicht nur behaupten, sondern an Boden gewinnen, geniert uns auch das Toben des Gegners durchaus nicht; unsere

gewerkschaftliche Arbeit triumphiert. Unter solchen Umständen darf man wohl von einem guten Stern reden.

In der Tagesordnung des Münchener Kongresses kommt sehr deutlich zum Ausdruck, daß wir uns in einer Zeit herrorragender Hege gegen die Gewerkschaften befinden. Schon in der Berichterstattung der Generalkommission dürfte auf diese Sache eingegangen werden. Als besondere Tagesordnungspunkte, die sich in ihrem Effekt zu einem ersten Protest gegen die Unternehmer, wie auch gegen die Rechtsprechung und Polizeiwillkür entwickeln werden, kommen in Betracht, „Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes“ mit Aug. Breh-Hannover als Referenten, und „Arbeitswilligenschutz und Unternehmerterrorismus“ mit Schilde-Stuttgart als Referenten. Zu beiden Referaten ließ sich natürlich soviel Material zusammentragen, daß sich der Kongress acht Tage lang damit beschäftigen könnte. Es ist einfach empörend, daß die Arbeiterkongresse in einer Zeit der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeitskräfte noch nach Abwehrmaßnahmen gegen die Vernichtung der Organisationen suchen müssen. Die Gesetzgebung hat der besitzenden Klasse durch ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen ungeheure Vorteile zugeschanzt, so daß man billigerweise den Arbeitern im Kampfe um ihre Existenz nicht die Hände binden sollte. Doch das ist es eben: Die Arbeiter suchen durch ihre Organisationen den Besitzenden die Beute wieder abzugewinnen, deshalb müssen die Gewerkschaften niedergedrückt werden. In bezug auf die deutsche Wirtschaftspolitik und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung wird das Referat von Timm-München „Der Einfluß der Lebensmittelsteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“, die Situation beleuchten. Es ist nicht ohne Bedeutung und wirft ein interessantes Streiflicht auf die Verhältnisse in Deutschland, daß ein Gewerkschaftskongress gleichzeitig reaktionäre Gefahren abzuwehren hat und für soziale Bestrebungen, wie die Arbeitslosenfürsorge, eintreten muß. Auch das Referat „Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“, erstattet von A. Neumann-Berlin, wird uns vorzüglich ein Bild der rückläufigen Tendenzen auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zeigen. Setzt das Scharfmachertum mit seiner Schleifsteinpolitik, wie gegenwärtig zu beobachten ist, auf allen Gebieten ein, so bedeutet das zwar eine Hebereiz vor der Macht unserer Gewerkschaftsbewegung, aber es wird doch nötig sein, mit stärkerer Kraft dem Ansturm zu begegnen und den Feind zurückzuwerfen. Der 9. Gewerkschaftskongress wird, das ist unsere Zuversicht, zur Entfaltung noch ungewohnter Potenzen der deutschen Arbeiterbewegung Erhebliches beitragen.

Dabei denken wir vor allem an jenen Tagesordnungspunkt, der sich mit der Frage eines weiteren organisatorischen Zusammenwirkens der Gewerkschaften beschäftigt: Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hat ein Regulativ für dieses Zusammenwirken vorgelegt. Das Regulativ ist die Zusammenfassung der Aufgaben, welche die Gesamtorganisation in ihrem und dem Interesse ihrer einzelnen Glieder zu erfüllen hat, es ist aber auch gleichzeitig das Arbeitsprogramm der zusammengeschlossenen Gewerkschaften und ihrer Verwaltungskörperschaft, der Generalkommission. Vieles von dem, was das Regulativ vorsieht, ist auch bisher schon in der Praxis geübt worden, und mag es sich nur um eine zweck- und zeitgemäße Formulierung handeln; andere wichtige Angelegenheiten sind aber hinzugekommen und werden auf dem Kongress eine lebhafte Aussprache für und gegen auslösen. Wir denken vor allem an die Regelung der Unterstützung der Gesamtheit bei Streiks und Aussperrungen. Auch der Dresdener Gewerkschaftskongress hat sich mit dieser Frage befaßt, konnte aber zu einem positiven Entschluß noch nicht kommen; er verwies die Sache an die Konferenz der Vorstandsvertreter zur Vorberatung. Wir sind nun der Auffassung, daß die Organisationen alle Ursache haben, das Regulativ, insbesondere den Bestimmungen über die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen im großen und ganzen zuzustimmen. Die Praxis hat oft genug gezeigt, daß das Wort: „Alle für Einen und Einer für Alle“ nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern auch für die Organisationen Berechtigung hat.

Es wird ja oft und gern der formelle Zusammenschluß der gesamten Organisationen gefordert, auch in Tabakarbeiterkreisen. Wir meinen, daß ein verhältnismäßig enger Zusammenschluß schon längst vorhanden ist, daß er durch Annahme des Regulativs aber noch mehr gefördert wird. Im übrigen hindert die Abgrenzung des gewerkschaftlichen Arbeitsgebietes nach Industriegruppen keineswegs die Schlagfertigkeit der Gelantheit, noch die der einzelnen Organisationen.

Der Punkt „Agitation“ wird uns Tabakarbeitern vorzüglich Gelegenheit geben, einige besondere Wünsche zu vertreten. Eine Reihe von Zahlstellen unseres Verbandes hat beantragt, daß die organisierten Arbeiter mehr

als bisher an die Organisation ihrer Frauen und jugendlichen Angehörigen denken mögen. Drei vorhergegangene Gewerkschaftskongresse haben sich ebenfalls mit dieser Frage befaßt und entsprechend beschlossen. Viel anders ist es leider noch nicht geworden, und wir in der Tabakindustrie mit unseren vielen erwerbstätigen Frauen und Jugendlichen, mit der Verlegung der Betriebe in die Dörfer, werden im wirtschaftlichen Aufstieg mit der übrigen Arbeiterschaft nicht Schritt halten können, wenn der Organisationsgedanke unter den Frauen und Jugendlichen nicht schneller an Boden gewinnt. Nicht selten können uns die Arbeiter anderer Berufe, die die Organisation für sich als selbstverständlich halten, dabei helfen. Daß diese selbstverständliche und auf der Solidarität aller Arbeiter begründete Hilfe allgemeiner geübt werde, soll durch die Anträge und die sich daran knüpfende Aussprache bezweckt werden. Wir Tabakarbeiter müssen eben alle Hebel in Bewegung setzen, um zu besserer Lebenshaltung zu kommen. Möchten wir nicht vergebens an die deutsche Arbeiterschaft appellieren.

So haben wir das Wichtigste aus der reichhaltigen Tagesordnung herausgegriffen und einer kurzen Betrachtung unterzogen. Die deutschen Gewerkschaften wissen, was sie wollen; und eben deshalb wird ihr diesjähriger Kongress nicht nur die weitere Bahn zeigen, sondern auch die Stärke der ganzen Bewegung und ihrer einzelnen Glieder mehr.

Also vorwärts!

Schule und Gewerkschaften.

Die Mangelhaftigkeit der Schule ist ein Hemmnis für die gesamte Entwicklung, also auch für die Gewerkschaften. Nicht nur, daß bei einer umfassenden Schulbildung, die eine Steigerung der Denkkraft im weitesten Maße zur Folge haben müßte, die Einsicht der Notwendigkeit des Zusammenschlusses viel früher in den arbeitenden Schichten geweckt würde, auch die Tätigkeit innerhalb der Organisation würde leicht zahlreicher und vollziehbarer sein. Insofern haben die Gewerkschaften ein hohes Interesse an der Bessergestaltung der Schule, wenn sie auch nicht programmatisch und aktiv für diese Bessergestaltung eintreten. Das liegt außerhalb der Grenzen, die sie sich für ihren Wirkungsbereich gesteckt haben.

Es kann auch ruhig zugegeben werden, daß seit der Gründung der freien Gewerkschaften in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Schule Fortschritte gemacht hat, doch nicht in dem Grade, wie die wirtschaftliche Entwicklung seit jener Zeit es erfordert. Ueber die soziale Gliederung der Klassen in der menschlichen Gesellschaft wird den Kindern — auch in den letzten Schuljahren — nichts gelehrt oder es werden ihnen Verkehrtheiten eingeprägt, die die harte Schule des Lebens später wieder herauspaukt. Von Geisteskunde gibt es in der Schule nicht einmal die primitivsten Anfänge, und die wirtschaftliche Entwicklung findet in der Schule eine Entfaltung, die eher einem Zerrbild gleicht.

Bei solcher Unzulänglichkeit müssen es die Gewerkschaften als eine Notwendigkeit erachten, ihrerseits der mangelhaften Schulbildung ihrer Angehörigen Nachhilfe zu geben, sie müssen also eine Funktion erfüllen, die vom Staat und Gesellschaft vernachlässigt wird. Früher schufen sich die Arbeiter Arbeiterbildungsvereine, in denen diese Nachhilfe besorgt wurde. Zwischen haben sich die Verhältnisse geändert, die Gewerkschaften wuchsen zu großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in denen besondere Bildungstürme eingerichtet wurden, die dem tief empfundenen Mangel befragen sollten. Natürlich können sie den Arbeitern nicht erlegen, was von ihnen in der Schule vernachlässigt wurde, aber sie heben doch die schlummernden Fähigkeiten in vielen, die dem gewerkschaftlichen Kampfe in nicht zu unterschätzender Opferfreudigkeit dienen wollen.

Die Gewerkschaften müssen zu diesem Zwecke Mittel und Kräfte aufwenden, die sich zwar wieder bezahlt machen, die aber besser sofort und direkt für die nächstliegenden Zwecke der Gewerkschaften angewendet werden könnten, wenn die Schule ihre Aufgaben voll erfüllte, wenn sie den kulturellen Bedürfnissen angemessen ausgebaut würde. Damit hat es indes gute Weile. Alle reaktionären Hände sind über die Schule gebreitet, die das Emporkommen der unteren Volksklassen verhindern wollen. So lange die Unwissenheit in den unteren Volksklassen dominiert, wissen die herrschenden reaktionären Mächte ihre Hebermacht gesichert. Volksbildung ist ihr ärgster Feind, dem sie erliegen müssen.

Da ist es immerhin erfreulich, wenn nun die Lehrerschaft selbst grundsätzlich auf den Ausbau der Schule hindrängt. Zu viel sand längst der Deutsche Lehrer tag statt. Die Verhandlungen lauden ihren höchsten

Ausdruck in der einstimmigen Forderung der nationalen Einheitschule. An eine Verwirklichung dieser Forderung in nächster Zeit ist nicht zu denken, dazu sind zu viele reaktionäre Elemente am Werke, sie zu verhindern. Und sie haben ihren Rückhalt in einer Gesetzgebung, die in allen deutschen Bundesstaaten als eine sehr rückständige angesehen werden muß. Schon die Wahlrechte für die einzelnen Landtage, die in Schulfragen zuständig sind, verhindern eine baldige Aenderung, denn sie verhüten das Eindringen der politisch vorwärtsdrängenden Klassen.

Aber es wird doch in den Landtagen der Versuch gemacht, von Etappe zu Etappe dem Ziele näher zu kommen. Eine solche Etappe wäre die Erringung der Einheitlichkeit des Schulunterrichts, die in den Einzellandtagen schon mehrfach gefordert wurde. Sie ist eine Vorbedingung der Einheitschule, die im Klassenstaat nur unter schweren Kämpfen und besonderen Umständen zur Einführung gelangen dürfte. An der Aufrechterhaltung der Klassenchule halten die bestehenden Klassen zu fest. Gleichwohl werden die Arbeiter alles unterstehen, was auf dieses Ziel hindrängt, denn selbstverständlich müßte mit der Vereinheitlichung der Schule eine solche des Unterrichts vor sich gehen, und das bedeutet eine Aenderung des jetzigen Unterrichtssystems.

Vollzöge sich die Vereinheitlichung wirklich im bürgerlichen Staat, dann würden sich wohl nicht alle Wünsche erfüllen, die die Schule auf die höchste Kulturstufe erhoben möchten, doch könnten, ja müßten die großen Mängelheiten des heutigen Systems ausgemerzt werden. Ueber die vom Deutschen Lehrertag geforderte Einheitschule besteht selbst in Lehrerkreisen nicht völlige Klarheit, auch die angenommenen Grundsätze sind nicht ohne Einwände geblieben, besonders weil sie zu sehr der praktischen Hinneigung für die Einrichtung der Einheitschule ermangeln. Zur Erkennung dieser Tatsache wollen wir die Leitsätze, die vom Oberstudienrat Dr. Kerschstein, der als Reichstagsabgeordneter der fortschrittlichen Volkspartei angehört, aufgestellt hat, hier kurz zusammengefaßt zum Ausdruck bringen:

Die allgemeine öffentliche Schule im Rechtsstaat muß jedem Kinde ohne Ausnahme jene Erziehung ermöglichen, auf die es nach Maßgabe seiner Veranlagung Anspruch erheben kann. Ungeleitet ist im Kulturstaat jedes Kind verpflichtet, von jenen öffentlichen Erziehungseinrichtungen so lange Gebrauch zu machen, als es zur Ausbildung eines nützlichen Mitgliedes der Kulturgemeinschaft notwendig erscheint. Die Pflichten der allgemeinen öffentlichen Pflichtschulen sind aus allgemeinen öffentlichen Grundsätzen und nicht durch besondere Schulgesetze zu deduzieren. Jede Differenzierung der öffentlichen Schule nach ökonomischen und sozialen Nützlichkeiten ist eine Verletzung des Rechts- und Kulturstaaes. Die allgemeine öffentliche Schule bedarf aber der Differenzierung aus pädagogischen und pädagogischen Gründen. Den Charakter der nationalen Einheitschule bewahren alle Zweige des Schulwesens nur dann, wenn ihr Unterricht und ihre sonstigen Erziehungsmaßnahmen vom Geiste der Staatsgenossenschaft vollständig erfüllt sind. Die Verwaltung, Verwaltung und Verwaltung der allgemeinen öffentlichen Schule ist ausschließlich Angelegenheit der Staatsgenossenschaft, die ihre Stellen trägt und in deren Dienste die Schule als Erziehungsinstrument arbeitet.

In dieser Allgemeinheit zeigen die Leitsätze nur das allgemeine Ziel. Zu es aber der Lehrerschaft Ernst damit, so findet sie dafür die Sympathie und Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Besonders die aufstrebende Arbeiterschaft, die selbst seit langem die Forderung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Einheitschule gestellt hat, wird alles daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.

Die Gewerkschaften, die so schwer mit der Unwissenheit, aus der die Gleichgültigkeit sich ergibt, zu kämpfen haben, können nur ihre Sympathie für diese Forderungen bekunden. So lange sie nicht erfüllt sind, werden sie noch manches für Nachhilfe opfern müssen. Zur regelrechten Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe, schon zur Führung der immer unjünglicher sich gestaltenden gewerkschaftlichen Geschäfte bedarf es einer guten Vorbildung, die entweder nur durch selbstbildnerischen Eifer oder durch die gebotene Nachhilfe in Lehrkursen gehoben werden kann. Ersetzen kann das die systematische Heranbildung durch eine gute Schulerziehung nicht. Doch liegen erfreuliche Beweise dafür vor, daß Hohes erreicht werden kann, je stärker der Bildungsdrang der Vormärtsstrebenden ist.

Jedenfalls legen die Bestrebungen, die die Gewerkschaften für die Erhöhung des Bildungsstandes ihrer Mitglieder praktisch betätigen, Zeugnis dafür ab, daß sie die Kulturbewegung unserer Zeit führen. Und ihre Betätigung nach dieser Richtung ist ein sprechender Beleg, wie schwer die bürgerliche Gesellschaft die Erziehung des Volkes vernachlässigt.

Gegen das Koalitionsrecht.

Der Polizeiamt gegen das Koalitionsrecht wird auf Anregung des Ministeriums des Innern in ganz Preußen vorbereitet. Das Ministerium des Innern hat auch für die Regierungsbezirke Gumbinnen, Königsberg, Danzig, Marienwerder zum „besseren Schutz der Arbeitswilligen“ eine Polizeiverordnung angeregt. Mit der Vorbereitung sind die Regierungen beschäftigt.

Bekanntlich hat der Minister des Innern v. Dallwitz die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 11. Juli 1908 als vorbildlich bezeichnet. Diese ist sowohl für rechtlich als auch für die über die allgemein bekannten sogenannten Straßenpolizeiverordnungen hinausgeht. Das Kammergericht hat am 18. Mai den Paragraphen 1a jener Verordnung für gesetzlich erklärt, welche bestimmte, daß allen (auch außerhalb der öffentlichen Straßen eingehenden) Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten Folge zu leisten sei, die zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Person und des Eigentums getroffen werden. Ähnliche Verordnungen in anderen Provinzen würden natürlich ebenfalls für ungültig erachtet werden müssen.

Gleichzeitig mit der Aenderung, solche Polizeiverordnungen zu erlassen, findet bei den Regierungen der preussischen Regierungsbereiche auf Veranlassung des Ministeriums des Innern eine Umfrage statt, ob die bestehenden Gesetze über den Schutz arbeitswilliger

Elemente ausreichen oder ob weitere gesetzgeberische Maßnahmen erwünscht sind? Es wird also auf eine neue Zuchthausvorlage geschritten, eine völlige Entrechtung der Arbeiterklasse vorbereitet. An den Arbeitern selbst liegt es, mit Entschlossenheit allen diesen Plänen entgegenzutreten.

Bekanntlich hat der Reichstag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Scharfmacher (einschließlich der Nationalliberalen) strafrechtlichen Schutz gegen die Vergewaltigung des Koalitionsrechts, gegen die Behinderung der Ausübung des Koalitionsrechts verlangt. Soll die ministerielle Umfrage in Preußen die Antwort auf dies Verlangen des Reichstags sein? Glaubt die Regierung in der Tat die Gebilde der Arbeiterklasse weiter ungestraft reizen zu dürfen? „Schutz der Arbeitswilligen“, „Vermehrung des Schutzes der Arbeitswilligen“ — sollte man Rufe danach in einem Lande für möglich halten, in dem Nordbuben nicht unter Anklage gestellt oder freigesprochen werden, weil sie als Arbeitswillige glaubten, ehrliche Arbeiter niederzuschlagen zu dürfen? Schutz für Elemente wie Hünze, Brandenburg oder den Streikbrecher- und Polizeiangenossen Keiling, dies nützliche Element der Gesellschaft, das wegen der gemeinsten Vergehen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt, mit Ehrverlust bestraft und unter Polizeiaufsicht gestellt ist? Für ihn hat, wie wir an anderer Stelle darlegen, noch jetzt die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ Beleidigungsklage erhoben, weil ein anständiger Arbeiter es wagte, diesem Menschen den Dold, den er zum Stechen erhoben hatte, zu entreißen und dem Keiling in berechtigter Entrüstung ein paar Ohrfeigen gegeben haben soll.

Schutz der anständigen Arbeiter, aber nicht erhöhten Schutz feiger Nordbuben und Doldstecher, Zuhälter, Kluppler, Betrüger und Polizeiangenossen, die als Arbeitswillige ihre Schandarbeit verrichten, verlangt die Arbeiterklasse und verlangt das deutsche Volk.

Rundschau.

Die „politische“ Gewerkschaftsversammlung. In Uerdingen a. Rh. war die Polizeibehörde auf den Einfall gekommen, nimmere auch nach berühmtem Muster zu verfahren und die gewerkschaftlichen Versammlungen nicht nur polizeilich zu überwachen, sondern auch für politisch zu erklären. Als der Fabrikarbeiterverband, Zählstelle Uerdingen, für den 22. April eine Versammlung einberief, ließ die Polizeiverwaltung diese überwachen. Prompt erfolgten bald nachdem für den Veranstalter und für den Leiter der Versammlung Strafmandate in Höhe von 4 und 3 M, weil sie eine politische Versammlung nicht angemeldet haben sollten. Beide beantragten richterliche Entscheidung. Die gerichtliche Verhandlung fand am 8. Juni vor dem Schöffengericht in Uerdingen statt. In der Verhandlung wurde zunächst festgestellt, daß der Veranstalter der Versammlung, Genosse Nobis, nicht auch der Leiter der Versammlung war; die Leitung hatte in Anbetracht des neuerlichen Vorgehens der Polizei der Referent, Genosse Polorny, übernommen. Der Strafbefehl gegen den Veranstalter war also nicht aufrecht zu erhalten. Es handelte sich nun um die Frage, ob die Versammlung politisch und daher anmeldspflichtig war. Der erste Zeuge, ein Polizeikommissar, war selbst in der Versammlung nicht anwesend, aber er meinte, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt haben müsse, denn auf dem Einladungszettel sei von „Organisation“ die Rede, und auch von „Wirtschaftslage der Arbeiter“; beides berühre das Gebiet der Sozialpolitik. Das Examinat, daß Polorny mit diesem Zeugen anstelle, hatte das Ergebnis, daß der Herr Kommissar seine jamaiken Ansichten über politische Versammlungen nur noch bekräftigte. Der zweite Zeuge, der überwachende Polizeibeamte, berief sich auf das von ihm verfaßte Protokoll der Versammlung, das vom Gericht verlesen wurde, aber keine einzige Stelle enthielt, die als politisch angesehen werden konnte. Der Gerichtsvorsitzende brachte aus diesem Zeugen auch nichts heraus, was die Strafbefehle hätte stützen können. Dennoch gab der Amtsanwalt, der Bürgermeistermeister von Uerdingen, das Spiel nicht verloren. Er meinte, politische Fragen und wirtschaftliche Fragen gingen oft miteinander, seine Überzeugung sei, daß die Versammlung eine politische gewesen ist, das beweise das Zeugnis des Kommissars. Der Referent habe die wirtschaftliche Frage mit der politischen in Verbindung bringen wollen, was ja jeder Parteistellung bedinge. Er habe ja auch für die Organisation agitiert. Genosse Polorny zeigte an der Hand der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes und der bestehenden Kommentare, was als eine politische Versammlung zu gelten habe. Mit graunamer Ironie zerprüfte er die Anschauungen des Kommissars und des Amtsanwalts, bis der Vorsitzende schließlich den Wunsch ausdrückte, den Amtsanwalt nicht mehr weiter so zu behandeln. Im Zuhörerraum hatte schon längst eine humorvolle Stimmung Platz gegriffen, die sich noch erhöhte, als der Angeklagte am Schluß seiner Verteidigung sich noch einmal auf die Zeugenaussagen und die Ausführungen des Amtsanwalts berief, die für ihn das beste Entlastungsmaterial bildeten und die allein seine Freisprechung begründeten. Das Gericht entschied dann auch auf Freisprechung.

Nationalliberale Hege gegen die Gewerkschaften. In der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz wird die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften unter heftigen Ausfällen gegen den alten Bergarbeiterverband durchaus gebilligt. Die Behörden hätten mit ihren Maßregeln völlig recht; es sei eine große Kühnheit, den politischen Charakter der freien Gewerkschaften zu leugnen.

Die leitenden Männer sind alle in der Wölke gefärbte Sozialdemokraten, und speziell im alten Bergarbeiterverbande gibt es auf der ganzen Linie vom Generalsekreter Hermann Sachse bis zum letzten Zahlstellenverwalter keinen einzigen, der nicht zugleich Funktionär in

der sozialdemokratischen Parteilorganisation hat. Daß die etwa 2 1/2 Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht alle zahlende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, beweist nichts gegen die Tatsache, daß bei jeder Gelegenheit für die Partei zur politischen Machterweiterung der große Verbandsbeamtenapparat, sowie die Verbandspresse zur politischen Agitationswaffe greift und kämpfend gegen die bürgerlichen Parteien unter die Mitglieder geht. Kann man unter solchen Umständen noch von unpolitischen Gewerkschaften sprechen?

Es ist charakteristisch für die Entwicklung innerhalb der nationalliberalen Partei, daß ein Organ, das sich bisher stets gegen die scharfmacherische Richtung wandte, nun auch schon in den Ton selbst scharfmachererei verfällt.

„Etwas mehr Dampf!“ Diese Aufforderung, die zum geflügelten Wort werden wird, richtet die Nationalliberale Reichskorrespondenz unter dem Beifall aller Scharfmacherblätter an die preussische Regierung. Das rechtsnationalliberale Parteiorgan erklärt: „Sollte sich die Lösung der dringenden Frage des Arbeitswilligen sich auf dem Verwaltungs- und Verordnungswege als undurchführbar erweisen, so werden wir mit aller Energie nimmere auf eine gesetzlich einwandfreie und wirksame Lösung dieser Lebensfrage für Industrie, gewerblichen Mittelstand und arbeitswillige Arbeiterschaft drängen! Hierbei mag uns die Frage an die Reichsregierung erlaubt sein, wann wir denn endlich mit Erscheinen der vom Reichsanwalt in Aussicht gestellten Denkschrift rechnen können.“

Alldeutsche Blätter jubeln: „Mit dieser Erklärung, die sich zweifellos mit Stimmung und Absichten der preussischen nationalliberalen Landtagsfraktion deckt, ist der verstärkte Schutz der Arbeitsfreiheit seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gebracht.“

Nur zu! Der Wind säet, wird Sturm ernten!

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung. Der Forderung der Arbeiter und Organisationen, eine staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist in letzter Zeit von Scharfmachern und ihrem Anhang oft mit dem Hinweis begegnet worden, daß die Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung hätten, um auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eine ausreichende Unterstützung ihrer Mitglieder durchführen zu können. Diesen durch Oberflächlichkeit und Denkfähigkeit sich auszeichnenden weisen Rat endlich in eine mathematische Form gebracht zu haben, ist ein Verdienst eines Dr. Zahnbrecher, der in einer solchen erschienenen Schrift: „Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber“ folgendes Rechenexempel aufmacht:

Ueber 736 000 Gewerkschafter zahlten 1913 einen Wochenbeitrag von über 60 M, das bedeutet ungefähr 80 pzt. der Mitglieder der freien Gewerkschaften; dazu kommen noch die Jahresbeiträge für besondere lokale Zwecke, allein über 93 000 Mitglieder zahlten an Jahresbeiträgen für lokale Zwecke 10,40 M, beinahe 30 000 Mitglieder zahlten für besondere lokale Zwecke über 33 M. Wenn ein eben ausgeleiteter Lehrling mit dem 18. Lebensjahr der Gewerkschaft beiträgt, dann ergibt sich für ihn ungefähr, soweit zum Beispiel die Gewerkschaften der graphischen Industrie in Frage kommen, unter Anrechnung von Zinsen, daß derselbe bis zu seinem 60. Lebensjahr über 5000 M in eine Gewerkschaft eingezahlt. 1912 hatten die freien Gewerkschaften über 80,2 Millionen Mark an Einnahmen zu verzeichnen, also gegenüber dem Jahre 1911 über 10 Millionen Mark mehr. Die Vermögensbestände erhöhten sich vom Jahre 1911 bis 1912 von 62,1 Millionen Mark auf annähernd 80,8 Millionen Mark. Für Streikunterstützungen und Kosten von Lohnbewegungen gaben die freien Gewerkschaften von 1891 bis 1912 121,4 Millionen Mark aus, wozu die Maßregelungsunterstützung mit 9,4 Millionen Mark zu rechnen ist, also insgesamt wurden 130,8 Millionen Mark ausgegeben. Für die Arbeitslosenunterstützung bezahlten sie für die gleiche Zeit von 1891 bis 1912 jedoch bloß 51,3 Millionen Mark, und für die Streikunterstützung, die eine verkappte Streikunterstützung ist, etwa 13,6 Millionen Mark.

Diese mühevollen Entdeckungen des Herrn Doktor ist nicht einmal eine nette rechnerische Spielerei zu nennen, denn sie ist in der Tendenz völlig absurd. Selbst der verbissenste Gegner der Gewerkschaften wird ihnen nicht die alleinige Aufgabe zusprechen wollen, als Arbeitslosenunterstützungskasse gelten zu müssen. Die Gewerkschaften haben mit der Arbeitslosenunterstützung schon eine Pflicht übernommen, die dem Staat und den Kommunen zuzukommen. Die haben ja auch die Opfer der Krisen und der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu sorgen, nicht die Arbeiter selbst, die alle mehr oder minder darunter leiden. Warum sollen die Gewerkschaften übrigens nur für die Arbeitslosen zu sorgen haben? In Fortsetzung der Idee des Dr. Zahnbrecher könnten sie doch gleich den Kommunen ihre gesamten Armentlasten abnehmen! Dann würden die Gewerkschaften wohl auch im Rechtsstaate gebüdet und nicht als politische Vereine erklärt?

Wie Terrorismusgeschichten entstehen. Dafür wird uns aus Dahme ein charakteristischer Beitrag geliefert. Der Zigarrenarbeiter Städtler in Dahme hatte in einem gegen ihn unabhängig gemachten Alimentenprozeß, um der Lohnbeschlagnahme zu entgehen, in einer Beschwerde erklärt, er müsse wöchentlich 75 M an den Tabakarbeiterverband zahlen. Dem Verbands müsse ein jeder Arbeiter angehören. Wenn jemand in der Fabrik Beschäftigung gefunden hat, so komme tags darauf der Vertrauensmann und frage, ob man auch dem Verbands angehöre. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse man entweder beitreten, oder man liege am anderen Tage bereits auf der Straße. Mit diesen den Tatsachen völlig widersprechenden Angaben erzielte St. auch einen lehrreichen Erfolg. Das Schöffe an der Sache war dabei, daß St. dem Tabakarbeiterverband überhaupt nicht mehr angehört habe, sondern ihm bereits vor vielen Jahren den Rücken gelehrt hätte.

Diesmal aber war dem Schwindel, der den Feinden der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die verhassten Gewerkschaften hochwillkommenes Material gewesen wäre,

eine nur recht kurze Lebensdauer beschieden. Kaum hatte nämlich die örtliche Leitung des Tabakarbeiterverbandes etwas von Städtlers Angaben erfahren, so lud sie ihn zu einer Sitzung ein, in der sich St., der Wahrheit die Ehre gebend, bereit fand, folgende Erklärung niederzuschreiben:

In Alimenterfachen des unehelichen Herbert Schmidt in Dahme gegen mich, habe ich in einer Beschwerde ans Amtsgericht Dahme folgendes gesagt:

"Wenn jemand in der Fabrik Beschäftigung gefunden hat, so kommt der Vertrauensmann und fragt an, ob man dem Verbands angehört, sollte dies nicht der Fall sein, entweder beitreten oder man liegt am andern Tage wieder auf der Straße und hat keine Beschäftigung."

Ich erkläre hiermit, daß ich für diese Behauptung nicht einstehen kann und selbige zurücknehme.

Dahme, den 17. Mai 1914.

C. Städtler.

So sieht es mit dem neuesten "Terrorismus"fall aus. Aber so ist es schon. Sieht man genauer zu, so ist der schlimme Terrorismus auf eitel Luft zu reduzieren. Arme Unternehmer- und Schatzmacherpresse, mit dem durch "freigewerkschaftlichen" Terrorismus brotlos gemachten Arbeiter in Dahme" lassen sich keine Geschäfte erzielen, die weil er gar nicht existiert. Es war so schön gewesen!

Sand in die Augen! In Saarbrücken tagte der Delegiertentag des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Der Vorstand teilte mit, daß Mitglieder des Ausschusses eine Aussprache mit den Führern der christlichen Gewerkschaften gehabt und die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß diese nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, jede Einmischung einer kirchlichen Autorität in die christlichen Gewerkschaften auch fernherhin entschieden abzulehnen. Nach langer Debatte, in der die freundschaftliche Gesinnung der evangelischen Arbeitervereine für die christlichen Gewerkschaften, aber auch der protestantische Standpunkt der evangelischen Arbeitervereine deutlich ausgesprochen wurde, nahm man eine Entschließung an, wonach man die Streitfragen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen als endgültig erledigt betrachtet.

Nachdem der Papst mehrfach zu erkennen gegeben hat, daß die christlichen Gewerkschaften nur geduldet seien, noch davon zu reden, daß die Führer der Christlichen jede Einmischung einer kirchlichen Autorität in die christlichen Gewerkschaften ablehnten, ist eine offenbare Freileitung, die nur von beschränkten Menschen geglaubt werden kann.

Der Ausschuss des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose hielt am 4. Juni im Reichstag eine Sitzung ab. Vom kaiserlichen Gesundheitsamt war Birell, Geh. Rat Dr. v. M. erschienen. Professor Dr. Langstein hielt einen Vortrag über vorübergehende Mäyregeln gegen die Tuberkulose im Säuglingsalter. Er verlangte vor allem Isolierung der Säuglinge aus tuberkulösem Milieu; auch solle die Tuberkulosefürsorge Hand in Hand arbeiten mit der Säuglingsfürsorge. Ueber die Bedeutung der Angestelltenversicherung für die Tuberkulosebekämpfung sprach Dr. v. Gimborn-Berlin. Er hält es für notwendig, daß die Reichsversicherungsanstalt allen modernen Heilverfahren größtes Entgegenkommen zeigt. Stadtrat Seydel-Charlottenburg referierte über die Unterstützung der Tuberkulosebekämpfung durch städtische Wohnungsämter. Die Ueberwachung der Wohnungen, die vielfach Tuberkuloseherde sind, sei nach jeder Richtung hin erforderlich.

Nach dem neuesten Heft der Medizinischen Nachrichten hat die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen in Preußen im Jahre 1913 weiter abgenommen. Es starben nämlich an dieser Krankheit 56 583 Personen gegen 59 911 im Jahre 1912 und 61 219 im Jahre 1911. Wenn man die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen mit der Gesamtzahl der Bevölkerung vergleicht, so betrug im Jahre 1913 die Verhältniszahl auf 10 000 Lebende berechnet, 13,58, im Jahre 1876 jedoch noch 30,95. Der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit bezieht sich aber noch ausschließlich auf die Personen, die an Tuberkulose der Lungen erkrankt sind, während die Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe im Steigen begriffen sind. In den Jahren von 1903 bis 1912 (für 1913 liegen in dieser Hinsicht Angaben noch nicht vor) ist die Zahl der an Lungentuberkulose Gestorbenen von 64 310 auf 52 766, das ist von 18 09 auf 12,85 für 10 000 Einwohner zurückgegangen, dagegen der an Tuberkulose anderer Organe Gestorbenen von 5 739 auf 7 145, das ist von 1,61 auf 1,74 gestiegen.

Die Ursache des erfreulichen Rückganges der Lungentuberkulose ist zum erheblichen Teil auf das Wirken der modernen Arbeiterbewegung zurückzuführen. Aber trotz dieses Rückganges ist die Tuberkulosesterblichkeit doch noch fürchterlich. Es darf daher auch nicht heißen: Stillstand der Sozialversicherung, sondern Ausbau und Fortschritt auf diesem Gebiete; denn die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter bilden den verhältnismäßig besten Schutz gegen die rollstauende Tuberkulose.

Noch eine Volksversicherungsgesellschaft. Als die Temperatur des "nationalen" Gründungsfiebers zur Bekämpfung der entstehenden "Kassensicherung" auf die Siebtheile gebracht war, splitterte sich plötzlich der antijewische deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband von den mit den Privatgesellschaften unter der Vormundschaft der Reichsbehörden gemeinsam verhandelnden "nationalen" Organisationen ab und gründete eine eigene Versicherungsgesellschaft für seine Mitglieder. Das ärgerte nun wieder die Macher des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes, der offenbar fürchtete, dadurch an Anziehungskraft zu verlieren. Um nun gleich leistungsfähig zu sein, beschloß dieser Verband am 17. Mai d. J. ebenfalls die Gründung einer eigenen Volksversicherungsgesellschaft!

Da solche in ihrem Wirkungskreise beschränkte Gesell-

schaften keine erspriechliche Entwicklung haben können, wird der Verband mit dieser Gründung ebenso wenig Erfolg haben, wie mit seiner Altersvorsorgungs- und mit seiner Wittwenkasse, bei denen er seither mit Deffizit arbeitet.

Wenn die Leiter dieser Verbände die Interessen ihrer Mitglieder wirklich wahren wollten, müßten sie diesen die Versicherung bei der "Volksfürsorge" empfehlen, wo sie alle Vorteile der Volksversicherung mitgenießen könnten.

Ein Gewerkschaftsjubiläum in der Schweiz. Die letzte Nummer des Proletariats, des Organs des Lebens- und Genusmittelarbeiter-Verbands in der Schweiz, erscheint zu Ehren des zehnjährigen Jubiläums dieses Verbandes im Festgewand. Die Lebens- und Genusmittelarbeiter waren bis 1904 in kleinere Berufsverbände der Brauer, Müller, Küfer, Gärtner und Tabakarbeiter zerstückelt. Heute zählt der Industrieverband 6000 Mitglieder und er blickt auf eine für die Arbeiter aller Berufe, die ihm angehören, sehr erfolgreiche Tätigkeit zurück. So hat er allein in den vier Jahren 1910 bis 1913 459 788 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 035 455 Frank Lohnerhöhungen errungen; er verzeichnet heute 70 Tarifverträge für 586 Betriebe und 3641 beschäftigte Personen. Die Kosten der vierjährigen Kämpfe beliefen sich auf 171 170 Frank, die weit hinter den Ertrugenschaften zurückblieben. Mit 46 435 Frank wurden erwerbslose Mitglieder unterstützt.

Berichte.

Hamburg-Altona. Dessenliche Tabakarbeiter-vertretung am 9. Juni im "Englischen Garten". Die rergsprach über das Thema: "Die Profiktier einzelner Interessentengruppen an der Arbeit für weitere Befreiung des Tabaks." Redner führte etwa folgendes aus: Für jeden, der die Geschichte der Tabakindustrie kennt, war es nach der überaus starken Belastung des Tabaks im Jahre 1909 klar, daß das die letzte Belastung respektive Beunruhigung sein würde. Aber, daß bereits jetzt, trotzdem die Folgen der Tabaksteuererhöhung von 1909 noch längst nicht vorüber sind, ein Vorstoß für weitere Befreiung unternehmen werden konnte, hat sich doch niemand träumen lassen. Die Geschichte der deutschen Tabakindustrie ist auch zu gleicher Zeit die Leidensgeschichte der Tabakarbeiter. Nicht immer war die Lage der Tabakarbeiter so jämmerlich wie in den letzten Jahrzehnten. Als in den sechziger Jahren, verursacht durch die französische Kriegsentwähigung, das Wirtschaftsleben allgemein einen Aufschwung nahm, war auch die Lage der Tabakarbeiter nicht die schlechteste. Da kam aber das Jahr 1879 und mit ihm die erste bedeutende Erhöhung der Tabaksteuer. Ein bedeutender Konsumrückgang trat ein und hatte zur Folge, daß Tausende Tabakarbeiter lange Zeit arbeitslos wurden. Da die Organisation durch das Sozialengesetz vernichtet war, es den Fabrikanten leicht möglich diese Erhöhung, die so eigentlich den Konsumenten treffen sollte, durch Lohnreduzierungen auf den Arbeiter abzuwälzen. Viele Arbeiter, die sich in den guten Jahren etwas erspart hatten, wanderten aus. Erst nach etwa zehn Jahren erholte sich die Zigarrenindustrie wieder langsam, erreichte aber nur die Höhe des Verbrauchs wie vor 1879, trotzdem sich die Bevölkerung um 17 Millionen vermehrt hatte. Das Jahr 1906 brachte die Zigarettensteuer, deren Folgen wiederum die Arbeitererschaft zu tragen hatte. Sodann folgte 1909 die Finanzreform mit der weiteren starken Belastung des Tabaks. Neben dem Tabakzoll, der in gleicher Höhe blieb, wurde die 40 Prozent-Beitragsteuer geschaffen. Die Zigarettensteuer wurde erhöht. Die Folgen dieser Belastungen waren geradezu verheerend. In den drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes waren arbeitslos: August bis Oktober 1909 durchschnittlich 9 468 Personen, November und Dezember 12 604, Januar und Februar 1910 12 795, März und April 20 256, Mai und Juni 17 762. Die zu anderen Berufen Geflüchteten sind nicht mitgezählt. Die vom Reichstag beschlossene Unterbrechung des Zigarettenarbeiter aus, die sonstigen Tabakarbeiter erhielten in der Zeit vom September 1909 bis Juni 1910 für 3 644 200 Arbeitslosentage 5 466 299 M. In den ganzen Jahren seit 1909 konnte infolge der bedeutenden Arbeitslosigkeit wenig zur Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter geschehen. Die Besetzung der Fabriken und Filialen nach entlegeneren Orten hat ständig zugenommen. Daher ist die Lage der Tabakarbeiter schlechter als je zuvor. Und dazu nun noch die Treiber einer einzelnen Interessentengruppe nach höherer Befreiung des Tabaks. Welche Interessentengruppen sind es nun? Im Frühjahr dieses Jahres waren es die Tabakbauern, besonders die der Uckermark. Man verlangte eine Erhöhung des Zolles von 5 M auf 125 M pro Doppelzentner. Außerdem eine Erhöhung der Zigarettensteuer. Dadurch soll der Konsum und selbstverständlich auch der Preis des inländischen Tabaks steigen. Aber der inländische Tabak mündet beim Raucher nicht. Nur mit ausländischem Tabak gemischt, kann eine einigermaßen rauchbare Ware hergestellt werden. Die Zigarettenfabrikanten Schöningh-Rotho und Steinmeister-Bünde forderten im Reichstag des Reiches Dersford (Westfalen) höhere Besteuerung der Zigaretten. Aber durch eine höhere Besteuerung würde der Zigarettenkonsum nicht zurückgehen. In technischer und finanzieller Beziehung ist die Zigarettenindustrie noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklung. Der Schrei nach höherer Besteuerung der Zigarette in Wasser auf die Mühle der Monopolrenten. Auf eine Anfrage des Zentrumsmannes Sped antwortete der Schatzsekretär Kühn allerdings ausweichend; aber mysteriös ist die Sache doch. Drittens ist der Vorstoß der ersten badischen Kammer noch zu erwähnen. Hier war es unter anderem Dr. Müllin, der der Regierung zurief: Der Tabak schreit förmlich nach härterer Befreiung. Was haben wir Tabakarbeiter demgegenüber zu fordern? Wir müssen verlangen, daß die Tabakindustrie Ruhe vor weiteren Belastungen hat. Es ist eine Schmach und Schande für einen Kulturstaat, durch steuerliche Maßnahmen zu verhindern, daß die Arbeiter eines Industriezweiges zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Ruhe verlangen wir, um unsere Organisation ausbauen und die Lage der Tabakarbeiter besser zu können. Redner empfiehlt die Annahme folgender Entschließung: "Die heute, den 9. Juni 1914, im 'Englischen Garten', Altona, tagende öffentliche Tabakarbeiterversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Treiber einer einzelnen Interessentengruppe, welche auf eine Erhöhung des Tabakzolls, die Erhöhung der Zigarettensteuer oder auf das Zigarettenmonopol hinarbeiten und damit die Tabakindustrie in unheilvoller Weise beunruhigen. Die Versammlung erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie sich von diesen Treibern nicht beeinflussen lassen, so daß die Tabakindustrie endlich von allen Steuerprojekten verschont bleibt." In der sich dem Vortrag anschließenden Besprechung verbreiten sich die Kollegen v. d. r. u. n. und Schmelzmeier eingehend über die Frage der Tarifbekämpfung, des Zigaretten- und Zigarettenmonopols, unter anderem erklärt Schmelzmeier, daß seiner Ansicht nach die Tabakarbeiter keine besondere Ursache hätten, sich einem Tabakmonopol entgegenzustellen. Den Arbeitern könne es einerlei sein, ob sie von Privatkapitalisten oder von der Verwaltung eines staatlichen Monopols ausgebeutet würden. Der Staat aber könne unmöglich solche Hungerlöhne zahlen, als sie in der Privatindustrie leicht gang und gäbe sind. Dieser Ansicht nach würden sich die Tabakarbeiter bei einem Monopol besser haben. Im übrigen fordern die Redner zur Stärkung der Organisation auf. In seinem Schlusswort behandelt v. d. r. u. n. die von den Vordemern angegangenen Fragen. Es ist verständlich, daß sich die kleinen Vänder gegen den Ernst wehren. Wir als Arbeiter bleiben in diesem Kampfe neutral. Die Trübsal liegt in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet. Die Gründe, weil denen die Tabakarbeiter das Monopol schon von jeher bekämpft haben, sind auch noch heute ausschlaggebend. Würden wir die Weisheit haben, daß die Erträge aus dem Monopol zu Kulturzwecken verwendet werden, würde unsere Stellung vielleicht eine andere sein. Aber auch unter einem Monopol würde uns das Koalitionsrecht nicht genommen werden können. (Siehe den

Tabakarbeiter in Italien.) Notwendig ist uns also immer eine Organisation. Als im Jahre 1900 die Tabaksteuer über uns hereinbrach, haben der Tabakarbeiterverband und der Verband der Sortierer ihre volle Schuldbigkeit getan. Aber noch mehr haben sie getan. Trotz der unglücklichen Lage haben sie verhindert können, daß ähnliche Verhältnisse wie nach 1879 eingetreten sind. Lohn- und Steuererhöhungen haben sie verhindern können. Immer haben die Verbände im Interesse der gesamten Tabakarbeiterchaft gehandelt. Als 1911/12 die Ausbesserung in Westfalen eintrat, haben wir nach dem alten Rezept gehandelt, allen, auch den erst während des Streiks eingetretenen Mitgliedern Unterstützung in beträchtlicher Höhe zu gewähren. Nach reiflicher Ueberlegung sind wir zu der Ansicht gekommen, daß ein solcher Beschluß nicht mehr gefaßt werden darf. Wer nicht faßt, darf auch nicht ernten. Das trifft auch auf die Frauen der Hausarbeit zu. Wer dann nicht mitmacht, nun, der mag Streikbrecher werden. Viele Mitglieder haben wir verloren; viele sind abgeweiht. Eine große Anzahl hat dem Verband, nachdem sie die Unterstützungen bis auf den letzten Pfennig abgehoben haben, den Rücken gefehrt. Alle organisationsfähigen Kollegen der Organisation wieder zuzuführen, muß unsere heiligste Aufgabe sein. Die vom Vorkommenden Oster tag zur Abstimmung gebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.

Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Selbst-Einschreib- und Besendungen nur an B. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankanstalt der Großhändler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfach Nr. 6249 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expeditor bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Tüllen, Altona-Dittens, Friedensallee 46 L, zu adressieren.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wurden: Die Mitgliedsbücher S. II 64 025, lautend auf Hildegard Stedefeld aus Döbber, aufgen. 13. 2. 1914, Nr. 1. (S. 6622 3. 14.) und S I 62 321, lautend auf Wlth. Hebert aus Burgknecht, aufgen. 9. 12. 1901, Nr. 2 (S. 6658 3. 14.)

Im Vorzugsfall sind die Bücher zu konstatieren und an den Vorstand einzusenden. Der Vorstand.

Adressen der Bevollmächtigten.

Stuttgart (8). II. Bev. Steph. Schwind, Stuttgart-Dübelm, Florianstraße 22. Sprechzeit 6-8 Uhr, Samstags nachmittags 5-7 Uhr.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. (B. = Verbandsbeiträge, J. = Rückzahlung):

19. Mai: Köln R. 170,—, 2. Juni: Berlin R. 300,—

5. Juni: Dresden R. 200,—, 6. Juni: Einbeid R. 50,—, Sauf R. 90,—

7. Juni: Hohenleuben R. 17,50, Fodensheim R. 800,—, Leipzig R. 100,—

8. Juni: Dränienbaum R. 200,—, Lützenau R. 150,—, Wabheim R. 400,—

9. Juni: Einbeid R. 50,—, Sauf R. 20,—, Lobenstein R. 50,—

11. Juni: Finkenwalde R. 100,—, Dahme R. 600,—, Böhly R. 300,—

12. Juni: Döbber R. 100,—, Döbber R. 100,—, Rehme R. 100,—, Burgdam R. 200,—, Salzung R. 140,—

14. Bremen, den 15. Juni 1914.

B. Nieder-Welland, Kassierer.

Arbeitsangebote.

8 bis 10 gute Zigarettenmacher, die selbst Wickel machen, Arbeit in einem kleinen Ort in Westfalen.

Nachfragen: Arbeitsnachweis Erfurt, Anton Fischer, Niederstraße 28.

Mitglieder-Versammlungen.

Alle Mitglieder haben zu erscheinen!
Bielefeld: Die Mitgliederversammlung am 21. Juni fällt aus.

Chemnitz, den 27. Juni:
Wetter: Ab. 9. 6. Kaffling.

Sonne: Nachm. 4. 6. Kumpfert, Sedanplatz. L.-D. wird dort bekannt gemacht.

Chemnitz, den 11. Juli:
Görlitz: Ab. 8. Gewerkschaftshaus Livoli. L.-D. wird dort bekannt gegeben.

Gestorben:

Am 8. Juni zu Langwedel Gertrude Rehter, geb. Staar aus Barnten, Kreis Hildesheim, 23 Jahre alt.

Am 9. Juni zu Altona Wilhelm Wilgeroth aus Langelsheim, 56 Jahre alt.

Am 11. Juni zu Saynau Meta Trobnit aus Saynau, 41 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 21. Morjanstr. 5. Aufsichtsrat: O. Sidow, Brandenburg a. O., Steinstraße 22.

Eingegangen vom 12. Mai bis 15. Mai. Burg 70.—, Freiberg 40.—, Jaktor 60.—, Bries 30.—, Verburg 50.—, Bismarckwerba 30.—, Rostock 50.—, Gera 20.—, Fodensheim 300.—, Gräfenhainichen 50.—, Berlin 200.—, Auenhüt 28,95 M.

Sterbekasse: Diebstahl 27,30, Delmenhorst 70,48, Burg 29,10, Freiberg 24,61, Deuben 5,55, Camplad 11,73, Feuerbach 10,—, Bries 9,97, Hamburg 100.—, Verburg 62,33, Bismarckwerba 10.—, Rostock 8,50, Rostbach 5,95, Leipzig 27,60, Fodensheim 5,70, Duisburg 44,40, Gräfenhainichen 10.—, Ratibor 37,68, Verden 260.—, Wandsbeck 38,80, Hannover 26,95 M.

Zuschüsse: Heidenheim 25.—, Feuerbach 10.—, Hamburg 100.—, Halberstadt 150.—, Oberode 30.—, Galted 200.—, Leipzig 77,60, Köln 75.—, Sandhausen 50.—, Mannheim 150.—, Eintracht 100.—, Bremen 300.—, Halle a. S. 150.—, Chemnitz 75.—, Labenburg 150.—, Neuses 150.—, Neustadt 150.—, Bremerhaven 50.—, Adersheim 175.—, Danabrid 80.—, Duisburg 134,40, Goldberg 100.—, Kiel 50.—, Heiligenstadt 50.—, Braunschweig 200.—, Dietrichheim 60.—, Ratibor 37,68, Halberstadt 150.—, Altsheim 25.—, Jandingsfeld 50.—, Speyer 50.— M.

Krankengeld 210,17 M.

Bilanz für das 1. Quartal 1914.

Bestand vom 31. Dezember 1913 M. 157 250,14

Einnahme " 29 867,76

Ausgabe " 187 137,59

Bestand am 31. März 1914 M. 157 774,98

Hamburg, den 15. Juni 1914. P. Otto.

Die neuen Preise meines soeben erschienenen
Rohtabak-Kataloges Juni 1914
 erregen das Staunen aller Fabrikanten

Durchweg hervorragend brauchbare Offerten
 zu noch nicht gekannt niedrigen Preisen

Beordern Sie sofort Muster!

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Rohtabak-Handlung

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Fabriken

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Geschäfte

Hermann C. W. Knoche, Rohtabak

Hohestr. 12 Bremen Hohestr. 12

empfeht als besonders preiswert:

Sumatra-Decker, Solblatt, 200, 230, 260, 300, 350, 400, 500, 550, 600, 700 A. Sumatra-Umblatt, Solblatt, 140, 150 A. Barken- und Decker, Solblatt 200, 260, 300, 320 A. Dunkel 210, 230 A. Felle-Decker 230, 250, 260 A. Einlage 150, 160, 170 A. Java-Umblatt 120, 140, 150 A. Einlage 95, 100, 110 A. Carmen 100, 110, 120, 130, 140 A. Domingo 90, 100, 110, 120, 130 A. Mexico-Decker, feinstes Andros, 250, 300, 350 A. Posgut, garantiert rein überreifer Arbeiter, 95, 100, 110 A. Sämtliche Tabake sind von tabellosem Brand und ferngehand. Preise bezogen gegen Nachnahme.

W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstr. Nr. 14

Erstes Spezialhaus für Zigarrenfabrikations-Maschinen
 Illustrierte Kataloge gratis und franko.



Mein neuer Formenbogen
 mit allen

modernen Fassonabbildungen

ist erschienen. Ich versende denselben
 an jeden Interessenten gratis und franko

Großes Lager in gebr. Formen

schon abgangbarer Fassons von 20 Pf. pro Form an

Bestellte Offerten ohne Verbindlichkeit
 sofort kostenlos

Gebrauchte Wickelformen

in nur modernen, gern ge-
 kauften Fassons bietet Ihnen
 zu den niedrigsten Preisen

der soeben
 fertiggestellte

Musterbogen

Nº 207

Versand auf Wunsch
 sofort kostenlos

L. Cohn & Co.

Deutschlands größtes Wickelformenlager
 Berlin N, Brunnenstrasse 24

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
 — anerkannt reelle, billige —
 Bezugsquelle sämtlicher Tabake

empfeht
 Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 A.
 Sumatra-Umblatt (Solblatt) 140, 150, 160, 170 A. Stuchblatt 130, 140, 150 A.
 Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 A. (mittel) 200, 230, 240, 250 A.
 Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A.
 Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 A.
 Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 A.
 Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 A.
 Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 A.
 Geschnittene Einlage 110 A.
 Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 A.
 Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 A.
 Seedleaf 110, 120 A.
 Posgut (stättig) 95, 100 A.
 Original-Wildung 105, 110, 120 A.
 Havana 150, 200, 250, 300, 400 A.
 Decker 650 A.
 Java-Cuba (sauer) 180, 200, 250 A.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1. 9. [10
 Alle Sorten im- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft. bei Aufgabe von Ja. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

Ein fünfmal donnerndes Jahr
 unsern Kollegen zu ihren im Juni
 1914 stattfindenden Geburtstag.
 Es feiern am 19. Juni Ludwig
 Gölle seinen 69., am 17.: Gustav
 Wille seinen 54., am 25.: Peter
 Franke seinen 40., am 26.: Max
 Etsch seinen 33., am 20.: Johann
 Dethloff seinen 30. Geburtstag.

Mit fünf lustigen Bierendriercn
 sigen wir hier,
 in froher Stimmung, bei Gesang
 und Bier,
 damit jeder weiß, wer es alle sei,
 fest jedem sein Datum und Name
 dabei.

Die organisierten Kollegen der
 Zählstelle Parisim i. Westend.

Neunter Internationaler Tabakarbeiter-Kongress.

Mittwoch, den 19. August 1914, morgens 10 Uhr in Wic., Arbeiterheim, Wien XVI. (Ottakring).

Tagesordnung:

1. Bericht des Internationalen Sekretariats.
2. Internationale Regelung der Unterstützungsansprüche wandernder Mitglieder.
3. Erledigung gestellter Anträge.
4. Wahl des Internationalen Sekretärs.

Anträge zur Tagesordnung sind dem Unterzeichneten bis zum 3. August d. J. einzusenden.

Die Wahl der Delegierten zu dem 9. Internationalen Tabakarbeiterkongress erfolgt nach den Beschlüssen der angeschlossenen Landesorganisationen.

Die ernannten Vertrauensmänner haben die Pflicht, am Kongress teilzunehmen. Die Delegationskosten der Vertrauensmänner trägt die Kasse des Internationalen Sekretariats. Das gleiche gilt für den internationalen Sekretär.

An die Vertrauensmänner der angeschlossenen Landesorganisationen richtet sich nun das Ersuchen, die Wahlen der Delegierten zum 9. Internationalen Tabakarbeiterkongress in Wien auszusprechen und einzuleiten.

Bremen, den 4. Juni 1914.

Internationaler Tabakarbeiter-Sekretariat.

K. Deichmann, Sekretär.

Anschließend an vorstehende Publikation geben wir bekannt, daß unser Verband zu dem 9. Internationalen Tabakarbeiterkongress in Wien 5 Delegierte entsendet. Diewon entsendet der Verbandsvorstand einen Delegierten, während die übrigen vier Delegierten von den Mitgliedern des Verbandes gewählt werden, und zwar je einen Delegierten in nachbenannten Wahlkreisen:

Der 1. Wahlkreis umfaßt die Zahlstellen der Gaue Hamburg, Braunschweig und Berlin mit dem Vorort der Zahlstelle Hamburg-Altona.

Der 2. Wahlkreis umfaßt die Zahlstellen der Gaue Dresden und Breslau mit dem Vorort der Zahlstelle Dresden.

Der 3. Wahlkreis umfaßt die Zahlstellen der Gaue Nordhausen, Herford i. W. und Erfurt mit dem Vorort der Zahlstelle Nordhausen.

Der 4. Wahlkreis umfaßt die Zahlstellen der Gaue Frankfurt a. M., Heidelberg, Karlsruhe und Offenburger i. B. mit dem Vorort der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Anträge zur Tagesordnung sind dem Unterzeichneten bis zum 3. Aug. d. J. einzusenden.

Wahlreglement.

Die Bevollmächtigten derjenigen Zahlstellen, die für die einzelnen Wahlkreise zum Vorort ernannt worden sind, bilden für den betreffenden Wahlkreis die Zentralwahlprüfungskommission. Die Wahlergebnisse sind zur Prüfung an diese Zentralwahlprüfungskommission einzusenden.

Der 1. Bevollmächtigte ist der Vorsitzende der eingeleiteten Zentralwahlprüfungskommission.

Die Wahlleitungen in den Zahlstellen bilden die Bevollmächtigten und Revisoren der betreffenden Zahlstelle.

In den Zahlstellenversammlungen sind die Kandidaten aufzustellen. Die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten sind der im Gau eingeleiteten Zentralwahlprüfungskommission einzusenden und von dieser den Mitgliedern (Wählern) rechtzeitig im Tabak-Arbeiter in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Die Wahlen der Delegierten sind am Sonntag, den 26. Juli d. J. vorzunehmen.

Das Wahlprotokoll und die abgegebenen Stimmzettel sind innerhalb dreier Tage nach dem Wahltage der im Gau eingeleiteten Zentralwahlprüfungskommission einzusenden.

Zur übrigen gelten die §§ 1, 2, 5, 6 (Abs. 3, 4, 5, 6, 7 und 8) und § 7 (Abs. 3, 4, 5, 6, 7 und 8) des Wahlreglements. (Siehe Verbandsstatut.)

Etwa entstehende Wahlkosten sind aus der Lokalkasse der Zahlstelle zu bestreiten; die Delegationskosten trägt die Verbandskasse.

Bremen, Juni 1914.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.
J. A. K. Deichmann, Vors.

„Der Mann im Mond.“

Zentrum und christliche Gewerkschaften geben sich alle Mühe, das Eingreifen der Polizei und Gerichte gegen die freien Gewerkschaften zu rechtfertigen. Bekanntlich setzt jetzt die Polizei einen Trumpf darauf, die freien Gewerkschaften für politische Organisationen zu erklären. Der Zweck ist, ihnen dadurch Scherereien zu bereiten und ihren Agitationskreis zu beschränken. Liebliche Sitten, aber ohne Erfolg!

Ob der Polizei das Geschäft erleichtert wird, wenn es die Zentrumsprelle zu salzieren sucht, ist mehr als zweifelhaft. Besonders nach der Art, wie sie es tut. Das zeigt uns ein Artikel unter obiger Stichmarke in der

Nr. 515 der „Kölnischen Volkszeitung“, dem Hauptorgan der „Kölnischen Richtung“, deren Werkzeug die christlichen Gewerkschaften sind. In dem Artikel sind sorgfältige Ausgrabungen aus Protokollen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes enthalten, „offe Kamellen“, die der Polizei wahrlich nichts neues sagen. Daß einst der „Gewerkschaftler“ unter dem Sozialistengesetz von sozialdemokratischer Seite gegründet wurde, um dem schimpflichen Ausnahmegesetz ein Paroli zu bieten, ist eine bekannte Sache. Seine Erträge gehörten also der gesamten sozialdemokratischen Bewegung, ganz gleichgültig, ob gerade die Tabakarbeiter die Hauptbezieher des „Gewerkschaftler“ waren und deshalb später das Blatt für sich beanspruchten. Als sie das taten, wurde es ihr Verbandsorgan, ohne daß das Blatt in den Verlag des Verbandes überging. Deshalb hatten sie auch dem Verlag keine Vorschriften zu machen, was er mit den Erträgen des Blattes unternahm. Das war seine rein geschäftliche Sache. Wenn sich die „Kölnische Volkszeitung“ und die Christlichen heute noch ärgern, daß die Ueberschüsse der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zugestossen sind, so ist das ihr Privatvergnügen, belastet aber die Gewerkschaften resp. den Deutschen Tabakarbeiterverband nicht im mindesten. So wenig wie Gaben aus dem Zentrum die christlichen Gewerkschaften belasten.

Das genügt zur Klarlegung des Verhältnisses des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zum „Gewerkschaftler“. Seit unser Verband sich ein eigenes Verlagsorgan geschaffen hat, fließen alle Vorteile des Blattes dem Verband zu. Damit fallen alle Versuche, unsern Verband eine direkte Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei anzubieten, ins Wasser. Daß solche Versuche als freiwillige Polizeihilfe angesehen werden müssen, geniert Zentrumsleute und christliche Gewerkschaftler nicht. Es ehrt sie aber auch nicht.

Wenn sie dabei noch nebenbei die Absicht verfolgen, die längst geklärte und damit abgetane Frage der Neutralität der freien Gewerkschaften wieder zu beleben, und zwar, um eine „enge Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften“ zu konstatieren, so spotten diese Polizeihelfer ihrer selbst und wissen nicht, wie. Waren es nicht Zentrumspolitiker, die den Grundstock zu den christlichen Gewerkschaften legten? Sind sie nicht heute noch das ausschlaggebende Gewicht für die christlichen Gewerkschaften? Beweist der Streit um die päpstliche Encyclica singulari quadam nicht, daß die christlichen Gewerkschaften von dieser konfessionell-politischen Partei abhängig sind, und daß sie nach einem päpstlichen Machtwort nur aus gewissen politischen Gründen noch geduldet sind?

Kein sozialdemokratisches Machtwort hat über die freien Gewerkschaften zu befinden, die völlig selbständig sind. Sehen aber die freien Gewerkschaften, daß nur die sozialdemokratische Partei ihren Bestrebungen Berücksichtigung schenkt, alle übrigen Parteien sich ihnen aber feindselig gegenüberstellen, dann ist es doch selbstverständlich, daß die freien Gewerkschaften ihre Sympathie der Partei zuteil werden lassen, die ihnen ihr Wohlwollen offenkundig beweist. Das Gleiche tun doch auch die christlichen Gewerkschaften gegenüber denen, auf deren Unterstützung sie rechnen können, und wir verargen ihnen das ganz und gar nicht. Das hat mit der Neutralität der Gewerkschaften gar nichts zu tun. Denn unbeschadet dessen können mit den christlichen Gewerkschaften ewigwährende Organisationen gemeinsame Sache machen, wie in den freien Gewerkschaften Mitglieder der verschiedensten Konfessionen und unterschiedlicher Bestimmung sich befinden.

Diese einfache Tatsache begreifen allgemach auch die simpelsten Arbeiter, aber freilich paßt sie den geschworenen Feinden der freien Gewerkschaften — und dazu gehören die Christlichen samt der Zentrumspartei — nicht in den Kram. Daher die immer erneuten Versuche, die freien Gewerkschaften politischer Tendenzen zu verdächtigen. Je weniger das fruchtet, um so größer der Mergel der Verleumder.

Soll die eigene Bekämpfung der freien Gewerkschaften nichts, so suchen sie nun die Polizeihelfer zu unterstützen. Wie das die Arbeiter ausnehmen, das können die Feinde der freien Gewerkschaften aus dem stetigen Wachstum der letzteren lernen. Es ist ja auch nur die ohnmächtige Wut über dieses Wachstum, die zu den niedrigen, aber verheerenden Denunziationen verführt, aus denen selbst die Polizei keinen Honig saugen kann.

So hat also die „Kölnische Volkszeitung“, dieses „vornehmste Organ der Zentrumspartei“ — einerlei, von welcher Seite sie dazu veranlaßt wurde — wieder einmal ihre Liebesmühe vergeblich angewendet. Sollte aber die Polizei im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften sich wirklich einmal auf den von der „Kölnischen Volkszeitung“ präsentierten „Mann im Mond“ berufen, so werden beide, Polizei und „Kölnische Volkszeitung“, mit nicht gerade klugen Gesichtern — in den Mond gucken.

Das krasse Bemühen, den freien Gewerkschaften resp. dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband etwas am Zeuge zu fassen, verrät eine tölpelhafte Unbeholfenheit, wie es auch die Unmöglichkeit bestätigt, die freien Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stempeln.

Ein Bild vom holländischen Tabakmarkt.

Bekanntlich stammen die Java, Sumatra- und Borneotabake aus den gleichnamigen holländischen Kolonien und werden deshalb auch in Holland auf den Markt gebracht, und zwar in Amsterdam und Rotterdam. Die Tage, an denen der Tabak verkauft wird, werden „Einschreibung“ genannt.

Wie sich diese Tage abspielen, will ich, da es die Kollegenschaft interessieren dürfte, in Nachstehendem schildern.

Die erste Einschreibung von neuen Tabaken findet in der Regel Anfang März jeden Jahres statt, und wird dieser Zeitpunkt von Händlern und Fabrikanten mit großer Spannung erwartet, zumal die zuerst an den Markt kommenden Tabake für die ganze Ernte ein Spiegel in bezug auf Farbe, Brand und Preis bilden. Deshalb finden sich zur ersten und zweiten und auch noch zur dritten Einschreibung die Händler und Fabrikanten aus allen Erdteilen zu Amsterdam ein. Am stärksten sind die Deutschen vertreten. Frühzeitig bemühen sich die Fabrikanten nicht, direkt am Markt zu kaufen; erst seit etwa 15 Jahren, nachdem die Tabake immer teurer wurden und die Mode der hellen Farben sich immermehr ausbreitete, glauben die Herren, am Markte besser und billiger zu kaufen als durch die zweite Hand. Wenn das auch wohl meistens zutrifft, so hat sich dennoch dabei mancher schon in den Fingern gelchnitten.

Die Amerikaner und die Regien kaufen gern 1. und 2. Längen aus dem Pfadblatt; Partien also, die sehr teuer bezahlt werden. Dagegen kaufen die Deutschen mit Vorliebe die fahlen Farben aus den Sandblattpartien. Auch diese Tabake werden sehr hoch bezahlt; ja es sind für einzelne Partien schon Preise gezahlt worden, wie man es kaum für möglich halten sollte, z. B. für Fancy-Sandblätter bis zu 10 Gulden (1 holl. Gulden = 1,70 M) pro Pfund. Bekanntlich sind diese Tabake auch noch sehr schlecht zu verarbeiten.

Wer direkt am Markt kaufen will, muß vor allem über einen großen Geldbeutel verfügen können; denn der Verkauf findet nach holländischen Konditionen statt, d. h., der Tabak muß innerhalb 10 bis 14 Tagen bezahlt werden. Für irgendwelche Beschädigungen, mögen sie durch den Transport oder sonstige entstanden sein, kann der Käufer eine entsprechende Summe abziehen. Bedeutende Händler und Fabrikanten haben ihren eigenen Einkäufer, der seinen Wohnsitz in Amsterdam hat.

Sobald die Plantagengesellschaften ihren Tabak durch die Importeure in Amsterdam an den Markt gebracht haben, werden 10 vereidigte (in Rotterdam 4) Maklerfirmen hinzugezogen, welche dafür Sorge tragen, daß den Händlern und Fabrikanten die erforderlichen Proben zur Prüfung vorgelegt werden können. Das geschieht auf folgende Weise. Die Makler entnehmen aus jeder Partie und Sortierung, die ja verschieden groß sind, Proben und zwar gewöhnlich aus je 10 Paden. Jede Probe wird mit einer Karte versehen, auf der die Padenzahl und Sortierung vermerkt ist. Die Käufer sehen sich dann die Proben an und prüfen, ob Farbe, Brand usw. ihren Anforderungen entsprechen. Auf diese Art werden vom Käufer eine Reihe Partien und Sortierungen untersucht. Reflektiert der Käufer, so macht er sich entsprechende Notizen in ein vom Makler zu diesem Zwecke geliefertes Buch, in dem alle Märkte, Padenzahlen und Sortierungen vorgegedruckt sind, und schreibt dann am Freitag ein, oder kauft einzelne Sortierungen heraus. Jeder Interessent, wenn er gewissenhaft arbeiten will, ist schon verpflichtet, in den ersten drei Tagen der Woche täglich aus 500 bis 600 Paden Proben zu entnehmen und diese einer genauen Prüfung zu unterziehen. In den Tagen, an denen die einzelnen Partien zur Besichtigung ausliegen, besorgen die Makler ihre Kalkulation und wird von ihnen noch vor der „Einschreibung“ die Beschaffenheit des Tabaks und die Lage bekanntgegeben.

Am Donnerstag der Woche ist der sogenannte Pleddag (Besichtigungstag) in Frascati („Frascati“ ist das Verkaufsort; es ist ein großes Sports-, Vergnügungs- und Versammlungshaus, benannt nach dem gleichnamigen, bei Rom liegenden Festort). Dort liegen abermals sämtliche Tabake, die man die Tage vorher gesehen hat und die zur Freitagseinschreibung kommen sollen, im Original zur Ansicht vor. Hat der Käufer die Ware nochmals geprüft und beabsichtigt er, irgend eine Partie zu kaufen, so muß er den zu bietenden Preis niederschreiben und in ein Kuvert verschließen, das bis spätestens Freitag, morgens 10 Uhr, an die Importeure abgegeben sein muß. Die Verkaufszeiten für die einzelnen Partien werden dann durch Importeure mittels eines Zirkulars am Tage vorher bekanntgegeben. Punkt 10 Uhr werden dann die Kuverts von den Importeuren geöffnet. Der Höchstbietende erhält nun die Partie. Dabei handelt es sich manchmal nur um ein Zehntel Cent Mehrgebot pro Pfund. In den meisten Fällen wird von den Händlern und Fabrikanten weit über die Tage der Makler „eingeschrieben“.

Wer nun eine Partie zugeschlagen erhalten hat und zu welchem Preise, wird durch einen dazu angestellten Beamten durch ein Sprachrohr von der Galerie des Lokals ausgerufen. Das Verkaufsort ist ein geräumiger Saal. In der Ecke befinden sich die sogenannten Kammern (Logen), in diesen haben die Makler und Händler ihre Plätze. An der Seite des Saales sieht man Bretterbuden aufgeschlagen, in welchen ebenfalls Händler ihre Geschäfte erledigen. Zur Sumatraeinschreibung werden im Saale nur Personen zugelassen, die mit einer von einem der Makler ausgestellten Karte als Interessenten legitimiert sind. Alle Anwesenden erwarten mit großer Spannung den Zeitpunkt der Bekanntgabe, wer den Zuschlag erhalten hat. Sobald das ausgerufen worden ist, laufen 30 und mehr von den Maklern angestellte junge Leute zu den Käufern, um diese zu fragen, ob und zu welchem Preise sie die gekauften Partien wieder zu verkaufen gedenken. Erklärt sich der Käufer zum Wiederverkauf bereit, so beginnt ein eifriges Handeln und Feilschen. Es ist dann oft ein Lärm in dem Lokal, daß man kaum sein eigenes Wort hört. Das Ge-

bränge ist so groß, daß man ernstlich Ursache hat, in Sorge um seine Kleider am Leibe zu sein. Selbst die oben erwähnten Bretterbuben fallen durch dieses Treiben mitunter in Trümmer. Ein Fremder kann sich überhaupt kaum einen Begriff machen über den Hergang in Frascati zur Zeit der Einschreibung. Von 15 zu 15 Minuten wird bekanntgegeben, was verkauft ist; das wiederholt sich so lange, bis die Vorlagen bei der ersten Einschreibung 3. B. 45 Partien mit circa 16 000 Paden, verkauft sind, was in der Regel 3 bis 3½ Stunden dauert. Bei den ersten drei Einschreibungen zeigt sich das Interesse am stärksten, dann verliert es sich allmählich, so daß der Besuch bedeutend nachläßt. Bei der Java-Einschreibung geht es etwas ruhiger zu. Sumatra und Borneo werden zusammen verkauft, ebenso die Java- und Vorstenlandtabake. Es finden im Jahre etwa 45 Einschreibungen statt, davon entfallen auf Amsterdam ungefähr drei Viertel, während der Rest auf Rotterdam entfällt.

Mitteilungen aus dem Beruf

Der badische Landtag. Die Petitionskommission der zweiten badischen Kammer des badischen Landtages hat sich vor einigen Tagen mit den von den Nationalliberalen gestellten Anträgen, die auf eine Begünstigung des im Inland gebauten Tabaks abzielen, beschäftigt und hat folgenden Antrag zur Annahme empfohlen: „Die Regierung wird ersucht, im Bundesrat Maßnahmen zu beantragen, die dem Inlandstabak den außerordentlich erschwerten Absatz erleichtern. Ferner soll auf eine höhere Besteuerung der Zigaretten hingewirkt werden. Weiter soll die Regierung in Anbetracht der Unbilligkeiten, die sich bei der Abschätzung des Gruppengewichts nach der neuen Tabaksteuerordnung gezeigt haben, Maßnahmen treffen, die diesen Mischstand heben.“

Der Tabaktruff und die sozialdemokratische Kaffe. Nun weiß man doch endlich, woher die sozialdemokratische Partei ihr vieles Geld hat. „Man“, das heißt ein findiger Reporter, hat entdeckt, daß die Truffleute mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung stehen und einen Pakt mit ihr geschlossen haben in der Weise, daß der Truffar die Partei beträchtliche Summen regelmäßig zahlt und dafür von der Partei die sozialdemokratische Zigaretten-Landschaft zugewiesen erhält. Nu sieh mal einer an! Auf diese Art muß ja das Vaterland zugrunde gehen. Ja ja, wie ist doch die Zeitung so interessant!

Die liebe Christin wundert sich. Die christliche Tabakarbeiterzeitung wundert sich, daß auf dem dänischen Genossenschaftstag der sozialdemokratische Folketingssabgeordnete Slauning gegen die Truff sprach, während die deutschen Sozialdemokraten sich weigern, gegen die Truff Front zu machen. Für die Stellung der sozialdemokratischen Partei sind wir nicht verantwortlich, ganz abgesehen davon, daß wir, was den Tabaktruff anbetrifft, auch gar keine Ursache haben, die deutsche Sozialdemokratie, falls sie nicht gegen ihn Stellung nehmen will, zu tadeln. In Deutschland liegen eben die Verhältnisse wesentlich anders wie in Dänemark. Die dänischen Arbeiter leben politisch freier und sind durch wirtschaftliche und politische Gesetze nicht so sehr bedrückt, sie haben deshalb auch wesentlich günstigere Erwerbsverhältnisse. Auch die Lage der Tabakarbeiter ist in Dänemark bedeutend besser als in Deutschland und weil der Truff dort die bessere Lage der Tabakarbeiter möglicherweise verschlechtern kann, ist es der dänischen Kollegenchaft keineswegs zu verdenken, wenn sie gegen den Truff Stellung nimmt. Auch in den Vereinigten Staaten sind die Tabakarbeiter auf den Tabaktruff nicht gut zu sprechen. Dort sind die Verhältnisse der Tabakarbeiter ebenfalls besser als in Deutschland, aber der Tabaktruff ist es, der sich bemüht, die Verhältnisse nach deutschem Muster einzurichten, d. h. Vermehrung der Frauenarbeit, Vermehrung der Arbeit Jugendlicher, vor allem aber Verlegung der Produktion in abgelegene Gegenden usw., so daß die Löhne heruntergehen. Bei uns in Deutschland ist nichts mehr zu verderben vom Truff. Unsere Fabrikanten tun selbst ihr Möglichstes. Das erklärt auch die Neutralität der deutschen Tabakarbeiter, soweit sie nicht, wie die christlichen Organisationen, zu Kellamezwecken dem Trufftruff angehören.

Dividende. Die neugegründete Aktiengesellschaft Hermann Keiners & Söhne in Krefeld, die eine Reihe von Zigarettenfabriken betreibt, verteilt, nachdem von dem Reingewinn von 407 381 M 112 082 M Abschreibungen gemacht wurden, eine Dividende von 8 Prozent. Das Aktienkapital beträgt fünf Millionen Mark.

Zigarettenmarke Dr. Eduard David. Die bürgerlichen Blätter reden wieder einmal vom sozialdemokratischen Verharmen, indem in der Mainzer Volkszeitung eine „preislich geschützte Zigarettenmarke Dr. Eduard David“ angepöbeln wird. Die Leute der bürgerlichen Presse verfahren ganz, daß solche Geschwätzigkeiten bei ihrer Klasse zu Hause sind und daß es sich dabei keineswegs um einen Kultus im besseren Sinne des Wortes handeln kann, sondern es wird nur die gedankenlose Mode der modernen Epigonen, Menschen, die mit oder ohne Berechtigung zufällig mehr oder weniger genannt werden, manchmal ja auch wirklich hervorregend sind, als höhere Weisen zu epimieren, nachgemacht, und zwar aus reiner Geschäftsrücksicht. Wie ist es denn etwa mit dem Pulowheringer? Dabei ist von denen, die den Arbeitern ein ausweichendes wollen, zu berücksichtigen, daß es noch in jedem Falle, in denen Arbeitern so gekennzeichnete Waren angeboten wurden, smarte bürgerliche Geschäftsleute waren, die mit der in ihren Kreisen üblichen Methode auch die Arbeiterzeitung schnappen wollen, auch bei der Falschigkeit haben wir keinerlei nachgewiesen, daß sie nicht von einem sozialdemokratischen Fabrikanten hergestellt, noch von einem solchen Händler verschleift wurden. Es gibt nicht mehr viel Leute in der modernen Arbeiterbewegung, die solche Albernheiten für ungebracht halten; die es noch tun, haben sich von den bürgerlichen Gebräuchen noch nicht frei gemacht.

Zum Tabakbau in Kamerun. Die Bremer Tabakgesellschaft Saloffi G. m. b. H., deren Stammkapital im Frühjahr 1913 auf 440 000 M erhöht worden ist, beabsichtigt zum Zwecke der Ausdehnung des Betriebes die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwei Millionen Mark.

Tabakmonopol in der Schweiz in Aussicht? Aus Bern wird gemeldet, daß im Nationalrat von den freisinnigen Abgeordneten die Einführung einer Tabaksteuer oder eines Tabakmonopols beantragt worden ist. Die hierdurch gewonnenen Mittel sollen für die Alters- und Invalidenversicherung und für die Schaffung eines Reservefonds für den Staat verwendet werden.

Berichte.

Stuttgart. Unsere Mitgliederversammlung vom 30. Mai beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kartellbericht; 2. Abrechnung vom 1. Quartalsjahr und Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung; 3. Stellungnahme zur Forderung der Zigarettenarbeiter; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt berichtet Steurer über den günstigen Verlauf der Lohnbewegung bei der Firma Hülsch u. Co., Stuttgart. Die anwesenden Kollegen wurden aufgefordert, mehr für den Ausbau der Organisation am Orte Sorge zu tragen, um endlich günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Unter Kartellbericht wird als wichtigste auf die Wähler zu den Versicherungskammern hingewiesen. Als Kartelldelegierter wurde Steurer, als Ersatzmann Kabelemaier gewählt. Die Abrechnung vom 1. Quartal verliest Steurer. Da die beiden Revisoren, abweichend, einer davon entschuldigt war, gibt Kollege Heising den Revisorenbericht und führt aus, daß außer einem kleinen Betrag zweier Kollegen die Kassenverhältnisse wieder in Ordnung sind. In der Diskussion sprechen sich verschiedene Kollegen darüber aus, daß die in letzter Zeit vorkommenden Fälle auf die Mitgliedschaft am Orte beunruhigend wirken. Den Revisoren wurde anheimgestellt, sich mehr um ihre Pflichten zu kümmern. Am übrigen sei bemerkt: Ehe die Kollegen allerhand Gerüchte austreten, sollten sie sich eher in den Verhandlungen orientieren, um nicht die Gesamtorganisation am Orte in Mitleidenschaft zu ziehen, Austritten die Bahn zu ebnen und den Verwaltungsmittgliedern die fernere Agitation zu erleichtern. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Schwind, als Schriftführer Pund gewählt. Unter Punkt 2 berichtet Steurer über den jetzigen Stand der Forderung der Zigarettenarbeiter. Heising und Steurer erklären, daß die Forderung nicht aus einer Person bestehen kann; wenn sich keine weiteren Kollegen dazu ergreifen wollen oder für fähig halten, müsse die Forderung aufgelöst und sämtliche Agitationsarbeiten der örtlichen Verwaltung übergeben werden. Daraufhin wurden Steurer, Kaiser und Schwindert in die Forderungsleitung gewählt. Auf vielseitigen Wunsch und der vorgelegten Zeit wegen wurde der Tätigkeitsbericht auf eine demnächst stattfindende Sektionsversammlung verschoben. Am Verschiedenen wurde kurz der Verlauf der Angelegenheit Geller und A. Friedemann erwähnt.

Bewegungen im Beruf.

Brenzlan. Die Kollegenchaft Brenzlaus ist in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten. Von allen Firmen wurde die Erhöhung des Minimallohnes von 7,50 M auf 9 M gefordert; ferner sollten die Lohnsätze der anderen Sorten um 1 M pro Mille erhöht werden. Auch die Sortierer forderten geringe Aufbesserungen. Die Firmen M. Krause, E. Schulz und W. Zschau zeigten indes nicht das geringste Entgegenkommen und lehnten jede Verhandlung ab. Das Verhalten der Fabrikanten und der Umstand, daß die Löhne der hiesigen Tabakarbeiter seit Jahren keinerlei nennenswerte Aufbesserung erfahren haben, veranlaßte die Arbeiter, in den Streik zu treten. Wir ersuchen dringend, den Zugang nach Brenzlan fernzuhalten.

Officiere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage
pro Hund 95 M, bei Abnahme von 100 Hund 90.— M. Franco
Zufendung. Hoheste Mischung zu 5 M Zigaretten. 30. Preisliste gratis
und franco. Versand nur unter Nachnahme. [13]
Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9
Aeltestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Begr. 1886

Hermeking & Boy
Berlin, Brunnenstrasse 183
empfehlen:
Vorstenlanden-Decke
2. Länge Vollblatt, wunderbare helle Farben,
ganz vorzüglich im Brande
nur 275 Pfennig
pro ½ Kilo verzollt

Rohtabak - Handlung
August Durlacher, Mannheim II, B 7, 9.
Empfehle mein reichhaltiges Lager Zigarrentabake. Versand
gegen Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Abgabe jeden Quantums.
Grosses Lager gebräuchter Formen.

Carl Roland, Berlin SO
Rothnienstraße 4
Zur Herstellung von 1000 Stück
feinem, käuflichem braunem Zigarren-
offiziere ich:
2 ½ Pfd. Sumatra-Einlage
à 2.— M 5.—
3 Pfd. Garmen-Umlage
à 1.50 „ 6.50
6 Pfd. Besen à 1.05 „ 6.30
M 17.50
Ab 3 Proz. Skonto „ 50
M 17.50

Rohtabak-Handlung
Kengfoss & Maak
Altena - Osnabrück
Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [15]

Rauen. Bei den Firmen Erich Bahlis und Karl Bahlis sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Der bisherige Minimallohn betrug 8,50 M pro Mille. Es wurde eine zehnprozentige Lohnzulage auf alle Sorten gefordert; die Arbeitszeit soll auf 9 Stunden täglich festgesetzt werden. Beide Firmen lehnten die Forderungen ab, worauf die Arbeiter die Arbeit einstellen. Vor Zug nach Rauen wird streng gewarnt.

Schönlanke. Die Differenzen bei der Firma B. M. Cyprien sind zugunsten der Arbeiter erledigt.

Van de Nederlandsche sigarenmakers en tabakbewerker
die in Deutschland bezig syn!

Waarde vrienden en vakgenoten:

Sinds het jaar 1909 als wy in Duitschland de invoerregten op de waarde by de invoerregten opt gewicht van den buitenlandschen tabak gekregen hebben, ist er voor den sigarenmaker in Duitschland veel werkeloosheid, armoede en nood gekomen. De jaarsverdienst ist minder geworden. Thans verdient een sigarenmaker int jaar vyfhondert Mark minder als een ander werkman in Duitschland.

Op't oogeblick is er weer eene grote gevaar voor eene nieuwe verhoging der belasting op buitenlandschen tabak. De tabakboeren, die er meener, dat de Duitsche tabak de goodkoop is en zy er niet genoeg aan verdienen kunnen en ok upgeruit worden von de grooten grondeigenaars, petitioneeren aan den Duitschen ryksdag om hoogere belasting op den buitenlandschen tabak.

Of dan de sigarenmaker honger lyden moet en verschillende bestaans von sigarenmakers vernietigt worden, dat deert deze heren niet.

Vakgenoten, indien er eene nieuwe belasting op den tabak komt, dan is de sigarenindustrie in de Rynprovincie en Westfalen vernietigt en vele duizende sigarenmakers werden werkeloos.

Onze gansche macht moeten wy gebruiken, om eene verhoging der belasting von tabak te beletten, evenzoo moeten wy met onze gansche macht voor beteren loon strijden.

Het bekende Nederlandsche spreekwoord zegt ons: „Eendracht maakt macht!“, en dus moeten wy ook vereenigt zyn. De beste vereeniging voor den sigarenmaker en tabakbewerker is de „Duitsche Tabakarbeidersverband“.

Dus vakgenoten, helpt gy ook mee, dat de sigarenmaker machtiger wordt, wacht niet langer en wordt dadelijk lid van onze vereniging, van den „Deutschen Tabakarbeidersverband“, dat is de beste vereniging, vor de sigarenmakers en tabakbewerker, die in Deutschland werken.

Wilhelm Schlüter, Gauleiter.

Matt, elend, nervös

fühlen sich viele, selbst in der Blüte der Jahre. Andere leiden an Anämie, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, haben Herzklappen, Angklytische, ein starkes Schlafbedürfnis, Brechreiz und Stelgefühle, sind geistig träge, gedankenlos, erinnerungslos, launisch, ungemütig, neigen zu krankhafter Selbstbeobachtung, haben starke Müdigkeit geistig zu arbeiten usw. An einigen dieser krankhaften Erscheinungen oder ähnlichen Beschwerden leidet jeder Mensch.

dessen Blut arm an Eisen ist

und bei dem darum die Lebensvorgänge nicht normal von statten gehen. Er muß das schlechte Eisen ersetzen. Ein vorzügliches Eisenmedicament, dem kranken Körper Eisen in einer Form zuführen, in der es leicht aufgenommen und verarbeitet wird, ist der Sarscheider Stahlbrunnen. In einer Abhandlung über diesen Stahlbrunnen rühmt Geheimrat Prof. Dr. Liebreich dessen Haltbarkeit als einen besonderen Vorzug und sagt: „Sie ist auch therapeutisch von erheblicher Bedeutung, da sie den Eisenbedürftigen in geeigneten Dosen die Zuführung dieses für den Organismus unentbehrlichen Grundstoffes in der Form der am leichtesten verträglichen, gelösten Hydroxyd Verbindung ermöglicht.“ — Ausführliche Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Aurerfolge u. Bezug des Brunnenes kostenfrei durch: Sarscheider Stahlbrunnen, Soppard N.W. 431.

Vorstenlanden-Tabake
Nr. 208. Vorstenlanden 2. Länge Vollblatt, hell, Rechtsroller, enorm dickend, hervorragend im Geschmack, Krefeldweiss brennend..... MR. 2.75

Java-Umlage und -Einlage
Nr. 316. G. B. M., hervorragend leichter, blattiger Bezockl. Decken enthaltend, kostfelle Qualität, Krefeldweisser Brand..... MR. 1.90
Nr. 322. Java-Umlage, grosser blattiger Tabak, wunderbar in Art..... MR. 1.60

Sumatra
Nr. 65. Sumatra, 2. Länge Vollblatt, hellfarbig, Krefeldweiss brennend, Dell Malsch QB, hervorragende Deckkraft..... MR. 4.75

Mexiko
Nr. 930. M. hervorragend guter Deckkraft, ganz dunkel, Krefeldweisser Brand, das Feinste der diesjährigen Ernte..... MR. 5.95

Deutsche Tabake
Nr. 906. Rebut, leichte, feine Einlage..... MR. 1.05

Adolf Ellrich & Co.
Berlin N., Brunnenstr. 151

Arbeitsbeginn.

Fähle, fröstelnde Frühnebel wallen
 über die winterdämmende Erde,
 Wenn die barschen Schreie „Es werde!“
 Schraubend und schrill zum Himmel hallen.
 In den morgenschlafenden Gassen
 Hunderte schwere Tritte verhallen:
 Bald wird der Arbeit gewaltiges Singen
 Siegend den neuen Tag umfassen.
 Blutige Eisenflüsse erbrausen
 Causende Krane kreischen und surren,
 Wirbelnde Riesen brummen und murren,
 Glühende Spulen und Spindeln sausen.
 O, welch frohes lebendiges Streben!
 Nur die Sklaven, die alles betreiben,
 Müssen stumm und düster bleiben.
 Wann kommt für sie die Zeit zum Leben?
 Leo Reich.

Pawlow, mein Freund.

Eine Begebenheit aus dem russisch-japanischen Kriege.

Eigentlich präferierte er den Typus eines nordischen Staatenbewohners; nichtskostentwenger stand seine Wiege ein in südlichen Winkel des zarenreichen Pawlow. Er gehörte zu den zweifelhaftesten Leuten. Seit zwei Jahren hatte er sich der japanischen Laufbahn gewidmet. Da ihm aber fast alle Vorbereitungen zur Erteilung einer höheren Stufe in ihr fehlten, so hatte er es nur zum gestrigen Deckmann gebracht. Zwei Jahre also fuhr er bereits auf den verschiedensten Schiffen der meisten Nationen. Von den Korallenfelsen der Philippinen bis hin zu sonnigen Küste Mexikos hatte er ihn gezogen; ja selbst von den eisigen Felsspitzen Grönlands, in dessen Gewässern er auf einem norwegischen Walfänger Monate schwerer Arbeit angebracht hatte, konnte er seinen Blick in den Weltentraum schweifen lassen. Und da sich Pawlows lebhafter Geist für alle Neuentwürfe empfänglich geworden. Als achtsamer Geschäftler hatte er Orden erhalten, gemeinlich mit dringlicher Neuulage des Schiff. Das fühlte, zurückhaltende Weile des jungen Russen, sowie sein scharfe Beobachtungsgabe, die er im Dienst an den Tag legte, ließen den Wunsch in mir wach werden, seine nähere Bekanntschaft zu machen. Das war aber nicht ganz leicht; denn unsere Wache war eine wechsellagige, und somit kamen wir, trotz des festen nahen Zusammenlebens, wie es die konzentrierten Verhältnisse auf einem Schiff mit sich bringen, nie zu einer Aussprache. Des jungen Russen dürftige Gespräche mit seinen Kameraden von derselben Wache begleiteten sich eigenartlicher Weise meist im Geiste militärischer Fragen. Das legte mit den Schluß nahe, daß Pawlow aus Gründen der Dienstzeitung den Staat der heimatischen Scholle von den Füßen geschüttelt habe. Dafür sprachen auch noch andere Einzelheiten in seinem Benehmen. Man schrieb das Jahr 1905. Im fernsten Ausland schied man sich an, zum letzten Entschiedenheitslage auszuholen, nachdem schon Tausende von Russen und Japanern die Waffentänze früherer Kämpfe mit ihrem Blute bedeckt. Ob diese Ereignisse spurlos an Pawlow vorübergegangen waren? Oder war diese Interesselosigkeit gegenüber den Vorgängen in seinem Vaterlande auf einen so geringen Grad von Liebe zu ihm zurückzuführen? . . .

Der Dampfer hatte der monotone Schritt des Kapitans, der auf der Kommandobrücke auf und ab schritt, in die laulose Nacht. Kleiner schwer legte sich die frostige, kalte Luft auf Brust und Nerven. Ich hülfte mich dicht in meinen primitiven, aus grobem Sackseinen hergestellten Mantel; denn bei meiner Anwesenheit war mein Kredit, in Form eines Guthabens, nur zur Beschaffung des Allernotwendigsten bemessen. Pawlows Kenntnisse der deutschen Sprache reichten nicht weit, und sein Nadebrechen verursachte mich bei dem Versuch, mich mit ihm zu verständigen, mehr heitere als angelegte Augenblicke. Pawlow, sagte ich, da er sich mir etwas genähert hatte, so daß sein Gespräch auf der Brücke nicht gehört werden konnte. Zu deiner Befriedigung ist ein Krieg ausgebrochen. Japan will auch die Mandschurei erobern. Verstehst du? Pawlow.
 Der Russe tat einen Schritt näher auf mich zu; aber der dicke Nebel ließ eine Beobachtung des Mienenspiels in seinem Gesicht nicht zu. Pawlow aber verstand nicht meiner Rede Sinn. Zwar machte er gleich eine schnelle Bewegung, um mich gleich darauf mit den Worten: Mit Verzeihung, ich verstehe dich nicht, zu sprechen. Dann fierte er wortlos in die Ferne, kalte Nebelwolken. Ich schloß mich bei meinem neuen Versuch, ihn zu einer Unterredung zu bringen, der Ausdrucksweise meines Gesprächs an, um mich besser verständlich zu machen. Du, Pawlow, begann ich, in deinem Aufstand zu Krieg gekommen. Wir einen Augenblick hab er verwundert auf, als er die inhaltschweren Worte Aufstand und Krieg hörte, daß ich jetzt ein Leuchten in seinen ausdrucksreichen Augen sah. Aber dieses Leuchten war keines jenes frohen, begeisterten und zuversichtlichen Leuchtens. Es war ein harter, irrender Blick, und mir schien, auch ein haßerfüllter Blick.
 Wie? Mit was Krieg?
 Pawlows Stimme ertönte einer hohen Grad von Erregtheit, so daß ich ihn, da eine Unterhaltung verboten war, zur Mäßigung ermahnen mußte. Mit Japan, erklärte ich ihm ins Ohr. Und wieder traf mich ein irrender, heißer Blick, der mit mir die Mandschurei der Russen eigenen Empfindung den ganzen Seelenhaß des Russen gegen den Japaner zum Bewußtsein führte. Wohl niemals aber hatte ein solcher Bewußtsein auf Pawlows heftiges Los eingewirkt, wohl niemals hatte sich ihm ein solcher hindern in seinen Lebensweg gestellt; und wohl niemals wird Pawlow sich über die Gründe, weshalb man im fernsten Osten die Klagen freige, sich hat gewepen sein. Aber ein heftiger Wut loderte aus seiner Seele, und daß sprühten seine Augen. . . Weißt Du, Pawlow, fuhr ich fort, haben getrickt Russen bei Erzhulda große Schlappen, 16 Soldaten und 5 Bataillone bei Koyan von Japan gefangen. In Pawlows ruhiges Wesen michtete sich wieder eine deutliche Erregung. Ja, noch mal, wieviel? Ich wiederholte. Und fuhr fort: Kennst Du, Pawlow, große russische Schiff Krujas Stuporow? Mit Pawlow? Ist russisch Steamer, gab er zurück, und kennst Du Imperator Alexander III.? forschte ich weiter. Der junge Russe geriet in Erstaunen bei Nennung dieses Namens, und so gut es ging, bemühte er mich von der Bortrefflichkeit des Schiffes zu überzeugen. Pawlow, fuhr ich fort, alles russische Schiff kaputt gemacht von Japan, weißt Du, im Mai bei Insel Tschukshima bei Korea. Mit wach, guter Jac. Mit wach, Zustand ist stark, stark. So so so!

latterhaften irregulären Tansen gemacht wird.“ Er verabscheut die ländlichen Tänze, die Geschlechter und Gopfer, und wendet sich heftig gegen andere Unarten, die beim Tanz eingemessen werden. Um dieser Entartung zu steuern, gibt er seinem Werk einen gangen Sittentod des Tanzes, den er „Ordnations zur Sittenshre“ nennt. „Die Tänzer, erklärt er, „sollen immer anders, als in practice alter, ehrbarer und honetter Leute gesehen. Es könnte nicht schaden, wenn allezeit gar eine geistliche Person dabei wäre, damit die Tanzenden ihre actiones desto respectueller verrieten müßten und die sieben Herren selbst sehen könnten, wie es dabei hergeht; zumal sie sich nur theoretisch vor einem rechtschaffen Meister hätten im Grunde dieser Kunst instruieren lassen, viellecht schüttelten sie nicht gar das Kind mit dem Bade aus, wie einige thun!“ Die Tanzenden müssen sich nun aber freilich danach benehmen. Schon wenn man mit der Dame antritt, muß man den nötigen Anstand beobachten. „Wenn man die Dame bei der Hand faßt, soll es nicht lange und bei dem Äußersten Finger geschoben und sollen auch die Tänzer beiderseits Handschuhe anhaben.“ Sodann ist es „inotiv, im Vorwort der Dame näher als eines Schrittes weit zu nahen.“ Unbedingt nötig ist es auch, daß sich die Paare beim Tanz das Gesicht zuwenden, denn „das Abwenden des Gesichtes würde eine Verachtung sein.“ Hierbei sollen die Geschlechter weder lachen noch sauer sehen, sondern sich modest und indifferent erweisen. Steden kann man gerührt in den Tänzen so nach wahrer Kunst eingetrachtet sind und wenn man ausgetanzt hat, so ist man den anderen honesten Leuten so nahe, daß es sich sehr überschneiden würde, von unanständigen Dingen zu reden!“ Haben die Herren schon recht bescheiden zu sein, so gelten für die „Dames“ noch viel strengere Gesetze. „Bei ihnen muß die Modestie alle Zeit die Oberhand haben und dürfen ihre Sprünge niemals als Contretemps überschreiten.“

Anderer Tanzmeister, also, ist in dieser Hinsicht duldsamer, und der angelegte Tanzmeister seiner Zeit, der Leipziger Gottfried Laubert, will sogar in seinem 1717 erschienenen „Rechtschaffen Tanzmeister“ ein Stückchen in Ehren nicht verwerfen. „Eine Dame von Stand und Ehre“, meint er, „so nicht weniger wie andere Leut und züchtig bedendet, daß ihr ein Fuß um nachfolgender dreifacher Ursache Wissen im geringsten kein Macul weder im Beweisen noch in der Fortium zumege bringen kann, nemlich: 1) Weil es das Spiel so mit sich bringt, 2) Weil ehrliche Leute dabei seyn, und 3) Weil es andere auch tun und leiden müssen. Ob sie sich daher schon anfänglich aus Schamhaftigkeit, weil sie dergleichen Leckerey ungewohnt ist, ein wenig weigert, und ihren Nachbarn freundlich bittet, daß er sie damit verschonen wolle; so leidet sie es doch endlich, wenn sie sieht, daß es nicht anders ist und wehret sich nicht zu nährlich.“ Denn schließlich — und das ist ein Grund, der durch alle diesen weisen Lehren der alten Tanzmeister durchschimmert — der Tanz hat ja außer dem Vergnügen auch noch einen sehr ernsthaften Zweck: er soll „zu avantageuigen Begräben nicht wenig contribuiere.“ „Ich habe, erzählt Laube, „von meinen Eltern in meiner Kindheit erzählt, daß um das Frauenzimmer polit zu machen und ihm Gelegenheit zu honeste Conterfation in prentie ehrbarer Leute zu geben, das Hochzeittanzentstanden. Man hat sie, wenn sie von denen Tansen gesehen, daß sie nunmehr aufs Begräben haben denken dürfen, mit auf die Hochzeiten genommen, und weil man sie in denselben Zeiten nicht ferne zusammengezwungen, so haben die jungen Leute daselbst Gelegenheit bekommen, in presence ihrer Eltern und anderer waderer Leute miteinander zu reden und sich bekannt zu machen, damit man sehen möchte, ob diejenige einander lieben könnten, auf welche die Eltern viellecht schon Reflexion gemacht hatten. Und daher soll das alle Sprichwort kommen sein: „Es wird keine Hochzeit vollbracht, Es wird wiederum eine dabei bedacht!“

Wenn nun auch solche Zusammenkünfte der Kämpfenden stets bestanden, so waren sie doch wieder zu allen Zeiten zu verpflücht, um entscheidenden Erfolg zu bewirken. Mit dem Kampfe dieser und jener vereinzelten Kämpfenden, wie z. B. der Bauern im Mittelalter, ist nicht alles der Unterdrückten, die für ihr Recht kämpfen wollen, bringt endgültigen Erfolg, nur der Kampf der Klasse gegen die Klasse. Der moderne Klassenkampf, wie er von den freien Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit geführt wird, stellt also den Kampf, dieses notwendigen Entwidlungsganges, in seiner vollendeten Form dar. Er ist darum für alle Arbeiter und Unterdrückten wegen ihrer natürlichen Schwächen nicht nur sittliche Pflicht, sondern, da der Klassenkampf auch die Organisation des Kampfes in ihrer höchst möglichen Art ist, so ist er auch das vollendete Mittel zum durchgreifenden Erfolg.

Und was wird dieser Erfolg darstellen? Das Naturrecht, das es gibt: Gerechtigkeit. Das unterwerfliche den proletarischen Klassenkampf auch so unendlich von allen Kämpfen, die es je gab. Nicht um vorüberliche Kraft geht es wie einst, nicht um wirtschaftlichen Egoismus wie heute. Wir kämpfen einen durchgeleiteten Kampf. Geistige Werte sind das Endziel unseres Ringens, das Edelste, das die Natur geschaffen. Wenn das Proletariat sich also zum Klassenkampf zusammenschließt, so wird es damit zum Kulturträger vollendetster Art und es gibt nichts von durchgreifenderem Werte und tieferem Gehalte als den proletarischen Klassenkampf.

Ein Sittentod aus der alten alten Zeit.

Mit der Tanzleidenschaft, die wieder erwacht ist, sind auch zugleich die Tanzverbote und der Kampf gegen das weltliche Treiben wieder aufgetreten. Freilich ist das nichts Neues in der Geschichte des Tanzes, sondern immer, wenn neue Tanzprimitiven aufstehen, eiferten die Hüter der Moral dagegen, und der Kaiser hat vor 150 Jahren ebenso leidenschaftliche Gegner gefunden wie heute der Tango. Ja, die deutschen Tanzbücher, die uns ein Bild der choreographischen Künste der Vergangenheit darbieten, sind zum großen Teil der Verteidigung des Tanzes gegen solche Sittentrichter gewidmet. Eins der wichtigsten dieser Werke, die 1707 erschienene „Beschreibung wahrer Tanzkunst“ von Johann Balthasar, beschäftigt sich fast nur damit, die „als etwas Klaines, Weltliches oder Sündliches beurteilen“, während sie doch „auf nichts anderes als auf honnetete, Modestie, Sittenhafte Manier und tugendhaftem Verhalten begründet“ sei. Doch muß auch Balthasar zugestehen, „daß der wahre Tanzkunst durch greuliche Mißbrauch, heutzutage mancher Art und Schandthat zugezogen worden, man nemlich kein gebührender Unterschied 1) Zwischen dem alten und neuen Tanze, 2) Zwischen dem rechtschaffenen Tanzmeister und gale metters, 3) Dem kunstmäßig- und

